

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Grünau wird 30

Erinnerung an das größte Bauvorhaben eines DDR-Bezirkes, an die großartigen, von den Mietern bis heute geschätzten Leistungen seiner Erbauer. **Seite 3**

■ Der Weg zur Selektionsrampe

... führte über den Leipziger Hauptbahnhof. Leipziger Linksfraktion fordert die Bahn AG auf, hier die Ausstellung „11.000 Kinder“ zu zeigen. **Seite 4**

■ Skandalöse Missionierung

Sachsens Sozialministerin Helma Orosz verordnet allen Kindertagesstätten Christenlehre. Der linke Landtagsabgeordnete Falk Neubert verlässt aus Protest gegen das Hintergehen des Bildungsbeirates dieses Gremium. **Seite 5**

10

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
19. Mai

www.
leipzigs-
neue.de

DEFA: abgewickelt wie eine Filmspule



Am 11. November 1989 fand im Kino in der Leipziger Petersstraße, im Beisein des Teams, die letzte große Aufführung eines DEFA-Films statt: Heiner Carows „Coming out“.
LEIPZIGS NEUE erinnert in dieser Ausgabe mit Momenten und Bildern an ein Jubiläum, das keines ist, denn die DEFA wurde mit 46 – wie eine Filmspule – abgewickelt ... sie wäre jetzt 60. **Seiten 8/9**

Zur Vergangenheit wurde die DEFA mit dem Untergang der DDR. Unabhängig davon, ob die aus dieser Zeit stammenden Filme die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR feierten, hinnahmen oder kritisierten: Sie waren in der Gesamtheit an die DDR gebunden und mit der DDR verbunden.

Februar 1999 – Staatsminister Dr. Michael Naumann zur Gründung der DEFA-Stiftung

Gehst du heute über das DEFA-Gelände, findest du, falls du suchst, ihre Spur kaum. Die Geschichtslosigkeit des Ortes, das Pochen auf neuen Bestand durch Negation, es ist frappant. Der Firlefanz weit, breit und hoch, mancher Gast wendet sich durchaus nicht mit Grausen, ich schon.

Juni 1996 – Filmregisseur und Autor Egon Günther

Ich sehe ziemlich neutral zurück, denn DEFA, das sind die Filme, die ich gemacht habe und die ich nicht gemacht habe. Es ist kein wehmütiger Rückblick, aber ich kann auch nicht sagen, dass ich mit der jetzigen Situation zufrieden bin.

Januar 1992 – Filmregisseur Rainer Simon

Im Studio hat sich immer das abgespielt, was sich im ganzen Land abgespielt hat.

Oktober 1990 – Filmregisseur Jörg Foth zur Premiere von „Letztes aus der DaDaeR“

Was wir im Kino immer wieder brauchen, wäre Umgang mit unseren guten und schlechten Erfahrungen.

Mai 1987 – Autor Wolfgang Kohlhaase

Die einprägsame, parteiliche Gestaltung unserer Arbeiterklasse, die Gestalten des sozialistischen Kämpfers in seinen Schicksalen, Leiden und Freuden, bleibt die Hauptaufgabe der DEFA.

Februar 1958 – DDR-Kulturminister Alexander Abusch

Es ist eine gewaltige Aufgabe für den Film, mitzuarbeiten, Deutschland nun endlich zu einem bewohnbaren Land zu machen.

Juni 1948 – der niederländische Dokumentarist und Regisseur Joris Ivens

Die Filmgesellschaft DEFA hat wichtige Aufgaben zu lösen. Sie muss unter anderem Achtung erwecken für andere Völker und Länder und kämpfen für echte Demokratie und Humanität.

Mai 1946 – Oberst Tulpanow, der Vertreter der sowjetischen Besatzungsbehörde, bei der Lizenzübergabe an die Deutsche Film AG.

Auf ein Wort bitte



**RALF SCHÄFER,
ATTAC**

... schreibt
zusammen mit
anderen Linken
in dieser
LN-Rubrik

weniger Einkommen beziehen. Sie arbeiten zudem überproportional häufig in sozialen Berufen, die schlecht entlohnt sind. Während eine Krankenschwester oder Erzieherin zwischen 1000 und 1200 Euro bekommt, erhält der Arbeiter in der Autoindustrie meist das Doppelte. Ferner gelangen sie nur in Spitzenpositionen, wenn sie sich den männlichen Regeln unterwerfen. Selbst Angela Merkel ist dafür ein gutes Beispiel. Auch in vielen Gruppierungen der Linken sind Frauen unterre-

wohl keine langfristige Zukunft hätte, ist er ohnehin nicht wünschenswert, denn er basiert auf der ökologischen und sozialen Ausbeutung anderer Gesellschaften. Die Menschen in den Industriestaaten – egal ob Nachtwächter oder Schönheitschirurg – konsumieren weitaus mehr, als ihnen pro Kopf eigentlich zustünde. Weiteres Wachstum in der kapitalistischen Triade USA, Europa oder Japan ist deshalb mit globaler Gerechtigkeit nicht zu vereinbaren, denn es hängt fast immer mit Mehrverbrauch an Ressourcen und Energie zusammen. Und diese fehlen letztlich den Menschen, denen es am schlechtesten geht und die beides dringend bräuchten, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Insofern ist die Forderung von Attac nach internationalen Steuern, z. B. einer Flugticketabgabe, keineswegs reaktionär, sondern absolut richtig. Denn Fliegen kann sich nur die globale Konsumentenklasse leisten, während der Klimawandel vor allem die Lebensgrundlagen der Armen zerstören wird. Die Linke in Deutschland wird in Zukunft „Ökologie“ größer schreiben müssen, wenn sie es mit der Gerechtigkeit ernst meint. Denn letztendlich werden sich auf einem verseuchten und geplünderten Planeten auch keine Arbeitsplätze oder Wohlstand mehr schaffen lassen.



OSTFRIEDHOF, LEIPZIG, 8. MAI: An geschändeten und gerade erst wieder aufgerichteten Grabsteinen legten Antifaschisten rote Nelken für gefallene Sowjetsoldaten und für Opfer des Hitlerregimes nieder.
Foto: Märker

Der Hang der Linken zur Zersplitterung ist derzeit wieder beliebtes Medienthema. Wenig Erwähnung findet jedoch, was die Linke verbindet, nämlich der Kampf für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit. Auf globaler Ebene ist es gerade dieser Kampf, der zur Kooperation der verschiedenen Gruppen in der internationalen globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bewegung geführt und sie stark gemacht hat.

Die Linke in Deutschland (und Europa) hat im internationalen Vergleich nicht zuletzt auf zwei Gebieten Nachholbedarf: Geschlechter- und ökologische Gerechtigkeit. So wird öffentlich selten thematisiert, dass Frauen bei gleicher Arbeit nach wie vor

Gerechtigkeit global?

präsentiert. Ansätze für mehr Geschlechtergerechtigkeit lassen sich in den skandinavischen Ländern finden. Diese umfassen die rechtliche und finanzielle Stärkung der Selbständigkeit der Frauen, aber auch eine andere Diskussionskultur in politischen Gruppierungen.

Des Weiteren steht die Linke in Deutschland immer noch vor der Herausforderung, den Gerechtigkeitsbegriff globaler zu denken. Während das Finanzkapital und die Konzerne global agieren, träumen viele von einer Wiederbelebung eines starken nationalen Wohlfahrtsstaats. Abgesehen davon, dass er im globalen Wettbewerb



NASCHMARKT: Leipziger Autoren erinnerten mit aktuellen Texten an die Befreiung vom Faschismus.
Bericht Seite 10 Foto: Märker

LESER MEINEN

Ich hatte es befürchtet: Wie im Vorjahr 2005 zierte auch in diesem Jahr 2006 am Tag nach dem 1. Mai die brennende „linksextremistische“ Mülltonne rituell das Titelblatt der *Leipziger Volkszeitung* – als wichtigste optische Information nach der seit Jahren wiederkehrenden Heim-suchung unserer Stadt durch die „Freien Kameradschaften“. Worch und Hupka war zudem diesmal ihre leicht einsehbare „listige“ Doppelstrategie – zwei Marschrouten Richtung Südvorstadt, Connewitz – von der Stadt selbst bestätigt worden. Wer hätte gedacht, dass die doch schon so nahe allmächtige Fußballweltmeisterschaft in dieser Hinsicht offenbar ohnmächtig bleiben musste!

Ja, die Seite 11 habe ich natürlich auch gesehen; sie zeigt u. a. auch die friedlichen DemonstrantInnen Leipzigs, die zu ihrem und unser aller Selbstwertgefühl nun endlich so zahlreich gekommen und sitzengeblieben waren, dass die quantitati-

Titelblattwürdig?

ve Lösung solchen Debakels passieren konnte: Wenn viele, sehr viele ihr Recht auf gewaltfreies ziviles Widerstehen wahrnehmen, entsteht „Gefahr“ für die Aufmarschierer und für die Polizei die Möglichkeit, deren unerträglichen Aufmarsch aufzulösen und sie heimzuschicken ...

Diese sitzende demokratische Bürgerschaft aber hätte es verdient, sich auf der Titelseite der LVZ zu sehen! Sie hätte es

verdient, dadurch verstanden und ermutigt zu werden! Denn sie – nicht die meist fernab von der Nazi-Ansammlung und ihrer Route gerufene allgemeine Wendung „Gesicht und Courage zeigen“ offizieller Reden – haben wirksamen Protest geleistet: Protest, der die Aufmärsche verhindert.

Und deshalb verdienen die jungen hartnäckigen AntifaschistInnen des „Bündnisses 1. Mai“, die die Losung „Sitzenbleiben gegen Nazis“ so erfolgreich unter die Leute brachten, dankbaren Respekt. Es muss aufhören, ihren mutigen Einsatz und ihre dafür erforderliche Vernetzung immer wieder mit der Gewaltanzettelung zuge-reister Personen oder Gruppen in den Eintopf extremistischer Verdächtigung zu werfen!

CHRISTEL HARTINGER, LEIPZIG

Wenn diese Ausgabe von LN erscheint, ist Leipzigs neuer Oberbürgermeister Burkhard Jung im Stadtrat vereidigt und hat sein Programm für die nächsten sieben Jahre vorgestellt. Die Mehrheit der CDU-Fraktion dürfte diesen Akt am 17. Mai im Stadtratssaal eher widerwillig verfolgt und bestenfalls gute Miene zum aus ihrer Sicht bösen Spiel gemacht haben. Seit 16 Jahren wird Leipzig von einem SPD-Mann regiert. Trotz einer gewaltigen Wahl-Materialschlacht, die eine halbe Million Euro verschlungen haben mag, scheiterte das Vorhaben, nach so langer Zeit endlich den Chefessel im Neuen Rathaus zu erobern. Weder Ministerpräsident Milbradt noch die vor Toresschluss herbeigeeilte Kanzlerin konnten die Thronbesteigung ihres eher biederen Kandidaten Uwe Albrecht erzwingen. In der Öffentlichkeit wurde trotzdem die Niederlage bejubelt. Hinter den Kulissen werden freilich seit Monaten die Wunden geleckt und interne Machtkämpfe ausgetragen.

Strategische Umorientierung

Einflussreiche Kreise der CDU, denen es nicht in erster Linie um das Wohl der Stadt, sondern um knallharte Parteiinteressen geht, plädieren für eine strategische Umorientierung. Sie glauben erkannt zu haben, dass eine weitere faktische große Rathauskoalition mit der SPD nur den So-

Der lange Marsch an Leipzigs Rathauspitze

zialdemokraten nützt. Deshalb haben sie sich offensichtlich für einen langen Marsch an die Rathauspitze entschieden, selbst um den Preis, den neuen Oberbürgermeister schon vor 2013 in erhebliche Schwierigkeiten zu bringen und vielleicht sogar zur Aufgabe zu zwingen. Deshalb will man zunächst bei den Kommunalwahlen 2009 mit Abstand stärkste Rathauspartei werden und auf jeden Fall die gegenwärtig vorhandene strukturelle Mehrheit von SPD und Linkspartei brechen. Dass man sich dabei in die Gefahr eines Zweifrontenkrieges begibt, ist bewusst inkalkuliert. Der Hauptgegner bleibt die Linkspartei. Keinesfalls soll sie einen Platz in der Verwaltungsspitze erhalten und möglichst auch bei Amtsleitern leer ausgehen. Aber auch die SPD soll weiter unter Druck gesetzt werden. Wie anders ist der erbitterte Kampf um die Aberkennung des Stadtratsmandats von Dr. Fischer, dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, zu erklären? Bei alledem besteht die Hoffnung, dass die katastrophale Haushaltslage der Stadt – die die CDU wesentlich mit zu verantworten hat – sowohl den

Wundenlecken und Machtkämpfe bei den Christdemokraten

Oberbürgermeister als auch seine SPD-Fraktion vor schier unlösbare Probleme stellt und auch die Linksfraktion in Erklärungsnot geraten könnte, wenn es um drastische Sparmaßnahmen geht. Dabei wähnt man sich des Beistandes der Kommunalaufsicht sicher, die schon genügend Druck ausüben dürfte, wenn es z. B. um Verkäufe von städtischen Unternehmen geht. Den Christdemokraten käme es nicht ungelegen, wenn sich sowohl Linkspartei als auch SPD bei den Bürgerinnen und Bürgern diskreditieren würden und die CDU dereinst als Retter Leipzigs auftreten könnte. Die von der Fraktionsspitze gesteuerte Kämmerin mit CDU-Parteibuch soll bis auf weiteres in der Verwaltungsspitze als eine Art bremsende Beobachterin belassen werden.

Zweiter Anlauf von Volker Schimpff

Wer geglaubt hatte, dass die Karriere von CDU-Rechtsaußen Volker Schimpff zu Ende sein könnte, weil seine Kandidatur für das Europaparlament kläglich scheiterte und er auch kein Mandat im Stadtrat und

im Sächsischen Landtag mehr bekleidet, dürfte noch ein böses Erwachen erleben. Er erweist sich immer mehr als der eigentliche Strippenzieher der Leipziger CDU. Seine gegenwärtige Rolle im Hintergrund dient offenbar einem politischen Neustart. Noch hielt er beim jüngsten Stadtparteitag der CDU seine Zeit nicht für gekommen, um den Vorsitz zu übernehmen. Deshalb begnügte er sich mit dem Vizeposten. Gemeinsam mit dem weiteren Stellvertreter Uwe Albrecht hat er dennoch alles in der Hand. Dass die bisherige Kreisvorsitzende Christine Clauß noch einmal gewählt wurde, ändert daran nichts, denn die beiden Herren halten sie in einer festen Zange. Auch der gegenwärtige Vorsitzende der Stadtratsfraktion Alexander Achminow, der immerhin schon bei zwei Bundestagswahlen gescheitert ist, dürfte mittelfristig im Personalkonzept von Schimpff nur eine Nebenrolle spielen.

Ob das CDU-Kalkül aufgeht, ist ungewiss. Auf jeden Fall sollte die strategische und taktische Umorientierung nicht unterschätzt, sondern weiterhin aufmerksam beobachtet werden.

• K. M

Unser Autor Siegfried Schlegel gehört zu jenen, die fast von Anbeginn als Akteure mit Leipzig-Grünau verbunden sind. Nach Lehre und Studium war er beim Generalauftragnehmer Grünau in verschiedenen Funktionen, meist an den Schwerpunkten, bei der Errichtung des Wohngebietes beteiligt. Seit Dezember 1990 ist er als Mitglied des Stadtrates und in Ausschüssen an der Erarbeitung und Beschlussfassung von Strategien zum Erhalt und der zukunftsfähigen Entwicklung des Wohngebietes beteiligt. Viel zum Bau von Grünau ist auch in dem bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2003 heraus gegebenen Buch „Bauen in Leipzig“ zu erfahren.



Grünau im Wandel der Zeiten ... Die Grundfläche des abgerissenen Punkthochhauses Am Schwalbennest Nr. 4 wurde jetzt etwa 1,30 Meter aufgewölbt, bepflanzt und damit räumlich von ihrer Umgebung abgehoben.

Nach Lößnig mit 3080, Mockau-Ost mit 2280 und Mockau-West mit 2040 Wohnungen war ab 1975 die Großwohnsiedlung Schönefeld mit ca. 4330 Wohnungen der bisher größte Standort im Leipziger Wohnungsbau. Die Bauleute waren zurecht stolz und bezeichneten Schönefeld als ihr Gesellenstück. Gleichzeitig verstanden sie dieses Wohngebiet als Probelauf für Leipzig-Grünau – für ihr „Meisterstück“.

Von SIEGRIED SCHLEGEL

Im städtebaulichen Wettbewerb 1973 ging man ursprünglich noch von 25 000 Wohnungen aus. Nach flächenmäßiger Vergrößerung und neuen Bebauungsplänen wurden schließlich nach der Grundsteinlegung am 1. Juni 1976 über 37 000 Wohnungen errichtet.

Meine Tätigkeit in und für Leipzig-Grünau begann September 1979 und endete mit der Fertigstellung der letzten Wohnungen und Dienstleistungseinrichtungen in den Wohnkomplexen (WK) 8 und 5.2. Zunächst war ich als Bau- und Oberbauleiter für Straßen und Brückenbau, Freiflächen und als stellvertretender Komplexbauleiter für den WK 4 tätig. Wegen des großen Wohnungsbedarfs in Leipzig, beabsichtigter Abrisse und Sanierungen im Osten und Lindenau, aber auch wegen der notwendigen „Kohle-Ersatzwohnungen“ galt es, das Bautempo von 908 fertiggestellten Wohnungen im Jahr 1977 auf 3958 im Jahr 1979 zu steigern. Das Problem dabei: Wurde bis 1980 in den WK 1 bis 3 noch eine großflächige Freiflächengestaltung angestrebt, konnten aus Kapazitätsgründen ab dem WK 4 zur Wohnungsübergabe nur einseitig entweder die Straße oder ein Innenhofweg gebaut werden. Den ca. 2000 im Hochbau auf der Baustelle Tätigen standen nur ca. 30 Freiflächenbauer gegenüber. Die Initiative, dass Mieter kommunaler Wohnungen je Haushalt einhundert Stunden zur Gestaltung der Grundflächen in Grünau leisteten, war deshalb nicht zu unterschätzen.

Strapaziöses Nebeneinander von Bauen und Wohnen

Das Leben auf der Baustelle war für die Grünauer die Regel. Das monate-, manchmal auch jahrelange Nebeneinander von Bauen und Wohnen setzte Verständnis sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Bauleuten voraus. Die Probleme dieses Nebeneinanders wie auch das Miteinander der Baubetriebe waren regelmäßig Thema im Aufbaustab Grünau. Beraten wurde unter Leitung von Wolfgang Mogge (später Gerhard Poll-

rich) sowie den Beauftragten des Stadtbezirks uns des OBM mit den Vertretern des Hauptauftraggebers Komplexer Wohnungsbau, aber auch mit den Leitern der wichtigsten Baubetriebe, wie Manfred Benseler vom Generalauftragnehmer Baukombinat Leipzig, und seinen Kollegen vom Verkehrs- und Tiefbaukombinat, VEB Freiflächenbau, Kombinat Technische Gebäudeausrüstung oder VEB Elektromaschinen- und Anlagenbau, die als Hauptauftragnehmer fungierten. Verantwortliche des GAN, wie Günter Dockhorn, Jürgen Penndorf oder Günter Funk, traten auch in Bürgerversammlungen auf.

Behindertengerechtes Bauen

Das internationale Jahr der Behinderten war Anlass, dass neben dem Bau von Behindertenwohnungen in Erdgeschosses sowie weitestgehend barrierefreien Wohnungen in 11- und 16-geschossigen Gebäuden mit Aufzug auch der freie Zugang zu Straßen, Brücken und Freiflächen sowie zu Kaufhallen, Handels- und Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen untersucht und auch in den Folgejahren durchgängig beachtet wurde. Diese Barrierefreiheit kam gleichzeitig Eltern mit Kinderwagen und älteren gehbehinderten Bürgerinnen und Bürgern zugute. Sie gehört heute und in Zukunft zu den Vorzügen Grünaus.

Weniger bekannt ist, dass Dispatcher und ein Einsatzfahrzeug mit Fahrer „Rund um die Uhr“ tätig waren, die nicht nur operativ die Platten- und Frischbetonanfuhr organisierten, sondern auch bei Havarien in bewohnten Gebäuden und Einrichtungen als erste Ansprechpartner fungierten. So kam es in den ersten Jahren vor, dass Wohnblöcke auch über oberirdisch verlegte Baustromkabel versorgt wurden, was regelmäßig zu Ausfällen führte. Doch mit Fertigstellung und Inbetriebnahme der über 100 Transformatorenstationen wurde die Versorgung stabilisiert.

Heizungsausfälle gebannt

Im Dezember 1986 lieferten die Tagebaue, bedingt durch die ungewöhnlich tiefen Frostgrade, kaum Kohle. Und die, die angeliefert wurde, war in den Wagons festgefroren – ebenso wie die Kohlereserven in den Heizkraftwerken „Ernst Thälmann“ und Kulkwitz. Es bestand die Gefahr von Heizungsausfall in Grünau. Eine elektrische Beheizung wiederum

hätte wegen Überlastung zu Stromausfällen geführt. Mit Arbeitskräften und Technik des Produktionsbereiches Vorlauf lockerten wir schließlich bis in die Weihnachtsfeiertage hinein die gefrorene Kohle, bauten wir Lagerflächen und Straßen für die Kohleanlieferung. So blieb den Grünauern Heizungsausfall erspart.

Bauarbeiter fühlen sich noch heute als Grünauer

Das Wohngebiet Leipzig-Grünau war das größte, das von einem DDR-Bezirk in Eigenregie errichtet wurde. Diese Herausforderung schweißte die Kollektive der Betriebe des Hoch-, Tief-, des Freiflächenbau und der Haustechnik zusammen. Viele Bauarbeiter fühlen sich deshalb noch heute als Grünauer.

Übrigens, nicht nur jungen Familien, auch Senioren wurde in vielfältiger Weise Rechnung getragen. Neben großen 5-Raumwohnungen für mehrere Generationen und kleinen Wohnungen gab es Wohnungen mit Aufzug im Punkthochhaus (PH) 16 oder den 1981 speziell für das altengerechte Wohnen entwickelte Gebäudetyp PH 9 mit Aufzug, vielen Loggias und Arzt- bzw. Sozialstation im Erdgeschoss sowie mehrere Feierabendheime mit Pflegestation.

Unbedingt erwähnen will ich die zahlreichen Besuche ausländischer Gäste oder Arbeitseinsätze von Studenten oder im Rahmen des Austausches mit dem Kiewer Partnerkombinat. Auch Gäste aus Südamerika überzeugten sich bei uns davon, dass es möglich ist für alle Schichten der Bevölkerung gute Wohnungen zu bauen. Der Leipziger Montagebrigadier Kurt Große prägte seinerzeit den von seinen Kollegen sehr ernst genommenen Spruch „Bauarbeiter haben keine Zeit zu verschenken“.

Grünaus Zukunft nicht ohne die Bewohner gestalten

Wenn man bedenkt, dass seit der Fertigstellung Grünaus die gleiche Zeit verstrichen ist, wie zu seinem Bau benötigt wurde, und dann betrachtet, was seither geschaffen wurde, lässt sich ermessen, welche Leistungen die Bauleute damals vollbracht haben. Debatten zum Stadtumbau und -entwicklung auch für Grünau gestalten sich oft sehr schwierig. Für Zehntausende Leipziger ist Grünau ihr unantastbares Zuhause. Dem stehen Eigeninteressen der Bewohner anderer

Stadtteile gegenüber. Das führt zu Auseinandersetzungen im Stadtrat und in allen Fraktionen, vor allem dann, wenn dabei nur an heute und zu wenig an die Zukunft gedacht wird. Auch Grünau im Blick, initiierte ich im Januar den Änderungsantrag zum Planwerk „Leipzig 2015“, dass in Leipzig eine „Schrumpfung zu den urbanen Kernen“ statt der „Stadtschrumpfung vom Rand her“ erfolgen soll. Letzteres wird von der Bundes- und Landesregierung, aber auch von den Kämpfern zum Erhalt jedes alten Gebäudes vertreten – Abrissgründe gelten nur für Häuser aus DDR-Zeiten. Überraschend hatte die Stadtverwaltung aber den Vorschlag selbst übernommen.

Ein Erfolg ist auch, dass die Stadt in Grünau den Vermietern mehr Spielraum in der Abstimmung untereinander einräumen will und die Wohnkomplexe 1 bis 4 und 5.1+2 als konsolidiert betrachtet werden. Dadurch haben die Mieter Mitwirkungsmöglichkeiten, da die Vermieter selbst die Objekte zum Abriss auswählen, die nicht mehr nachgefragt sind. Um so wichtiger ist die Forderung der Linkspartei nach einem städtebaulichen Konzept für die Wohnkomplexe 7 und 8. Ebenso wie in den Gründerzeitquartieren bedarf es einer Definition wichtiger städtebaulicher Kanten und Hochpunkte.

In Ostdeutschland und einigen Regionen Westdeutschlands hat bereits begonnen, was auch den sogenannten „Wachstumsregionen“ in den nächsten Jahrzehnten noch bevorsteht, nämlich ein Rückgang der Bevölkerung. Stadterneuerung hat deshalb auf niedrigerem Niveau zu erfolgen. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum *Teilplan Großwohnsiedlungen des Stadtentwicklungsplanes Wohnungsbau und Stadterneuerung* erklärte ich schon am 20. März 2002 namens der PDS-Fraktion, an die vielen namenlosen Bauleute denkend: „Die Achtung vor diesen Leistungen gebietet ein Höchstmaß an Verantwortung und Sensibilität beim Stadtumbau, den wir ausdrücklich anmahnen.“

Für jemanden, der an der Errichtung zehntausender Wohnungen und gesellschaftlicher Einrichtungen unmittelbar beteiligt war, ist Stadtumbau mit Abrissen ein doppelter Spagat. Doch Zuversicht in die Zukunft Grünaus führt – trotz emotionaler Ablehnung – zur Einsicht, dass Stadtumbau heute auch mit Abrissen einhergeht.

Am vergangenen Donnerstag kam es im Sächsischen Landtag zur bislang skandalösesten Entgleisung der NPD, als deren Geschäftsführer Uwe Leichenring auf einen Zwischenruf des Linksfractions-Vorsitzenden Prof. Peter Porsch „Es gab schon mal Sonderzüge, in denen Menschen abtransportiert wurden“ antwortete: „Ja, manchmal wünscht man sie sich wieder.“

Die vom Landtagspräsidenten verhängten Sanktionen beschränkten sich auf den Ausschluss Leichenrings von drei Parlamentssitzungen, während am Abend mit den Stimmen der Nazis von der Parlamentsmehrheit beschlossen wurde, dass Peter Porsch wegen angeblicher IM-Tätigkeit sein Mandat niederzulegen habe.

Der jüngste parlamentarische Skandal in Dresden lenkt die Aufmerksamkeit auf einen anderen unerhörten Vorgang, der von den Medien mit Ausnahme der linken Tageszeitungen in den letzten zwei Jahren weitgehend totgeschwiegen wurde: die Obstruktionspolitik des Managements der Deutschen Bahn AG gegen eine bundesweite Wanderausstellung über die NS-Kinderdeportationen, mit der das Gedenken an die Todeszüge in die Vernichtungslager verstärkt werden soll. In Frankreich wurde die Ausstellung „11.000 Kinder“ – organisiert von der Pariser Vereinigung „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten aus Frankreich; FFDJF) – in den Jahren 2002 bis 2004 auf 18 großen Bahnhöfen mit viel Resonanz gezeigt. „Warum sollte das in der Bundesrepublik nicht möglich sein“, fragte der Oldenburger Historiker Prof. Ahlrich Meyer in einem Interview mit dem Internet-Portal german-foreign-policy.com vor wenigen Wochen und setzte hinzu: „Eine Ausstellung inmitten des Publikumsverkehrs auf den Bahnhöfen würde deutlich machen, was seinerzeit ein offenes Geheimnis war. Etwa 36 Stunden fuhren die Deportationszüge aus Frankreich quer durch Deutschland. (...) Unter der deutschen Zivilbevölkerung war bekannt, dass viele Juden unterwegs in den Güterwagen verhungerten oder erstickten.“



Der Weg zu den Selektionsrampen führte über Leipzig

Stadtratsfraktion der Linken fordert, dass die – um die Rolle des Leipziger Hauptbahnhofs erweiterterte – Ausstellung „11.000 Kinder“ über die aus Frankreich deportierten Kinder jüdischer Herkunft auf dem Leipziger Hauptbahnhof gezeigt wird.



Die verlogene Schlussstrich-Politik der Bahn AG war schon seit 2005 immer heftiger in die Kritik geraten, der Widerstand kulminierte in Behelfsausstellungen und in – von der PDS mitgetragenen – Protestdemonstrationen auf verschiedenen Bahnhöfen, darunter auch in Leipzig. Als sich Ende März 2006 der Zentralrat der Juden zu einer öffentlichen Stellungnahme veranlasst sah, kam das Obstruk-

tionsgebäude der Konzernführung der Bahn AG endgültig ins Wanken. In einer publizistischen Notoperation verkündete der ausgewechselte Unternehmenssprecher am 3. April, man wolle die Ausstellungsinitiative nun doch „unterstützen“.

Um diese „Unterstützung“ nunmehr Wirklichkeit werden zu lassen, beschloss die Stadtratsfraktion der Leipziger Links-

partei auf ihrer Sitzung am vergangenen Donnerstag – nur wenige Stunden nach den ungeheuerlichen Äußerungen Leichenrings – den Antrag, dass auf die Verantwortlichen der Bahn AG dahingehend einzuwirken ist, dass die Ausstellung „11.000 Kinder“ über die aus Frankreich deportierten Kinder jüdischer Herkunft auf dem Leipziger Hauptbahnhof gezeigt wird. Des Weiteren wird angeregt zu prüfen, ob die Ausstellung durch geeignete Schrift- und Bildtafeln über die Einbeziehung des Eisenbahnknotens Leipzig in die Eisenbahntransporte jüdischer Menschen in die faschistischen Vernichtungslager ergänzt werden kann.

Die Wanderausstellung, die Fotos und letzte Briefe der später ermordeten Kinder dokumentiert, die aus den Viehwaggons auf die Gleise geworfen wurden, haben die beiden Antifaschisten Serge und Beate Klarsfeld (Paris) konzipiert. Die Dokumente (darunter Lebesgeschichten deutscher Kinder, die mit ihren Eltern nach Frankreich emigriert waren) wurden nach jahrzehntelangen Recherchen zusammengestellt. In der Ausstellung wird anhand dienstlicher Unterlagen der Deutschen Reichsbahn nachgewiesen, dass Deportationszüge auf ihrem Weg von Le Bourget bei Paris über den Leipziger Güterring geführt wurden und auf dem Güterbahnhof Engelsdorf Station machten, bevor sie die Selektionsrampen der Todeslager erreichten. Unter den dort ermordeten Kindern befanden sich auch deutsche Kinder aus Leipzig und aus den benachbarten Regionen.

Darüber hinaus ist belegt, dass Leipzig als Zentrum des deutschen Eisenbahnverkehrs von zahlreichen Deportationszügen aus München, Frankfurt/Main, Kassel, Chemnitz und thüringischen Städten berührt wurde und dass der Leipziger Hauptbahnhof selbst Ausgangspunkt für Züge mit Leipziger Juden polnischer Herkunft war, die 1938 nach Polen deportiert wurden.

Es spricht deshalb alles dafür, die Ausstellung – möglichst ergänzt um weitere Bezüge zu diesem finstersten Kapitel der Leipziger Eisenbahngeschichte – am Ort der Geschichte selbst, also auf dem Leipziger Hauptbahnhof zu zeigen, zumal die kleine Präsentation anlässlich des 90. Jahrestages des Hauptbahnhofs (2005) dieses Kapitel ausgeblendet hatte.

• VOLKER KÜLOW

Darf der Girls' Day auch politisch sein? Auf jeden Fall dann, wenn es gelingt, seine Botschaft nicht zur platten Agitation verkommen zu lassen; wenn der moralisch erhobene Zeigefinger nicht schon von der Ferne zu sehen ist.

Weiblich, ledig, jung – das ist in der Politik, wie in vielen anderen Berufen, Karriere-Vehikel und Handicap zugleich. Reinzukommen ist für Frauen inzwischen vergleichsweise leicht, zumindest offene Diskriminierung ist verpönt, man hört neuerdings oft den Satz: Wir brauchen mehr Frauen, geäußert in begründungsloser Selbstverständlichkeit. Nach oben zu kommen, wenn man drin ist, fällt immer noch vergleichsweise schwer.

Die Mädchen des Girls' Day 2006, die sich an diesem Tag im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Höll einfanden, hatten mit Feminismus, Frauenbewegung, Quotenregelung bisher so gut wie nichts zu tun. Benachteiligung von Frauen – etwa auf dem Arbeitsmarkt – ist ihnen fremd. Sie fühlen sich nicht benachteiligt, das brauchten sie als Schülerinnen bisher auch nicht.

Die Idylle trägt – ein Nachtrag zum Girls' Day

Eine derartige Unvoreingenommenheit will fast versöhnlich stimmen. Doch die Idylle trägt. Wohl einzig aus der Not heraus entwickelt die Jugend, worauf viele so lange gewartet haben: ein gemeinsames Lebensgefühl. Die düsteren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt machen längst beiden Geschlechtern Angst. Wer die Mädchen an diesem Tag nach ihrem Lebensgefühl fragt, der bekommt Begriffe wie „gestresst“, „verunsichert“, „genervt“ zu hören. Und dabei sind die Teilnehmerinnen gerade mal zwischen 13 und 15.

Es nimmt sich schon wie üble Vorahnung aus. Vor knapp dreißig Jahren war einer der Schlachtrufe, mit denen sich die resignierte Jugend schmückte „No future!“, wobei sie zwar glaubte, dass die Welt untergehe, nicht aber sie selbst. Ausge-

rechnet die ambitionierte Jugend von heute bekommt nun eine Vorstellung davon. Sie indessen will eine Zukunft. Es wird immer schneller studiert, unzählige, meist unbezahlte, Praktika werden absolviert und nebenbei wird noch gejobbt, doch das alles hilft nur wenig. Ihre Zukunft trägt inzwischen andere Vorzeichen: Die Globalisierung verändert den Arbeitsmarkt auf dramatische Weise, und der Staat sieht zu.

Junge Frauen trifft es gleich doppelt, denn die Gesellschaft sendet ihnen Signale, die widersprüchlicher kaum sein könnten: Wir haben keine festen Jobs für euch, aber bekommt doch bitte schnell viele Kinder. Die Gesellschaft bietet ihnen erst keinen Platz und fordert dann von ihnen, die Probleme des ganzen Landes zu lösen.

Bisher galt noch immer ein Versprechen: Leistung führt zu Erfolg. Doch dieser Zusammenhang wird immer unklarer. „Jeder verlangt von dir eine gute Ausbildung“, meint eines der Mädchen während der Veranstaltung, „aber wenn du sie hast, heißt das noch lange nicht, dass du auch einen Job bekommst.“ Es sind auch hier widersprüchliche Signale, die die Jugend empfängt: Keine Chance ohne Ausbildung – mit Ausbildung aber auch nicht unbedingt.

Erstauslich genug: Die meisten der anwesenden Mädchen halten potentiellen Arbeitgebern oder gar dem Staat keineswegs vor, sich unsozial zu verhalten. Stattdessen haben sie nur eine Frage: Wie kann ich es trotz allem schaffen?

Diese Haltung ist hochgradig pragmatisch – und wirkt zugleich hochgradig unpolitisch. Selbst mit einem einigermaßen politisch angelegten Girls' Day 2006 haben auch diese Mädchen die Fragen für ihre Generation, die über den eigenen Job hinausgehen, noch nicht formuliert.

• SYLVIA WOHLFELD

Der familienpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS, Falk Neubert, der den Landesjugendhilfeausschuss im Fachbeirat zur Erstellung eines Bildungsplanes für Kindertagesstätten vertritt, hat in einem Brief an Sozialministerin Helma Orosz seinen Austritt aus diesem Gremium erklärt. Neubert begründet seine Entscheidung mit Verärgerung über den Wortbruch der Ministerin, die entgegen ihrer Zusage und auf undemokratische Weise ein eigenes Kapitel über religiöse Bildung in den Bildungsplan aufgenommen hat. LN dokumentiert den Protest von MDL FALK NEUBERT an die missionierende Ministerin im Wortlaut:

Dresden, 8. Mai 2006

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Orosz, ich möchte Ihnen mit diesem Brief meine große Verärgerung mitteilen, dass in dem nun vorliegenden sächsischen Bildungsplan für Kindertagesstätten entgegen allen Beschlüssen und Absprachen ein eigenständiges Kapitel zur „religiösen Dimension der Lebens- und Weiterführung von Kindern“ enthalten ist, welches in alleiniger Verantwortung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche formuliert wurde.

Der Fachbeirat zur Erstellung des Bildungsplanes, dem ich als Vertreter des Landesjugendhilfeausschusses

Evangelisch-Lutherischen Landeskirche gibt skandalös gegen Nichtchristen eifern (die mehr als drei Viertel der sächsischen Bevölkerung ausmachen) auch dies vor: „Die Leugnung der religiösen Dimension des Lebens wie des Menschseins, bildet (leider Gottes) eine Wurzel für den Werteverfall.“

angehöre, hatte sich darauf verständigt, dass es kein eigenständiges Kapitel zur Thematik religiöse Bildung geben soll. Notwendige Anmerkungen zu diesem Thema sollten im Kapitel Soziale Bildung integriert werden, was auch geschehen ist.

Auf der Konferenz zur Vorstellung des Bildungsplanes im Januar in den Räumen der TU-Dresden hat Prof. Stephan Sting als Projektleiter vor mehreren Hundert Erzieherinnen und Erziehern diese Entscheidung des Beirates ausführlich dargelegt und begründet.

Bereits dort machten Sie Andeutungen über eine mögliche, von den Kirchen formulierte Handreichung.

Auf meine Nachfragen im Januarplenum des Sächsischen Landtages verwiesen Sie darauf, dass der Bildungsplan in der vom Beirat erarbeiteten Form in den Druck gehen soll. Darüber hinaus verwiesen Sie darauf, dass über Form und Inhalt einer möglichen Ergänzung für den religiösen Bereich dann eine Verständigung erfolgen soll, wenn Formulierungsvorschläge der Kirchen

Aufdringlicher Missionierungsversuch

Sachsen-Ministerin Orosz verordnet allen Kitas Christenlehre
Linksparlamentarier Neubert verlässt aus Protest den Fachbeirat Bildungsplan

vorliegen. Außerdem machten Sie deutlich, dass eine solche mögliche Ergänzung nicht in den Bildungsplan direkt einfließen wird und keinesfalls die Verbindlichkeit des Bildungsplanes erhält.

Am vergangenen Freitag fand eine turnusmäßige Sitzung des Beirates zur Erstellung des sächsischen Bildungsplanes statt. Dort erhielten wir als Beiratsmitglieder die gerade fertig gedruckte Ausgabe des Bildungsplanes. Sie können sich vorstellen, dass es für Irritationen mehrerer Beiratsmitglieder sorgte, dass nun doch ein eigenständiges und herausgehobenes Kapitel zur religiösen Bildung in den Bildungsplan aufgenommen wurde.

Es gab im Vorfeld keinerlei Rücksprache mit oder Informationen an den Beirat, dass Sie eine solche Entscheidung treffen wollen bzw. getroffen haben. Das finde ich persönlich im Umgang mit dem Beirat – gerade vor dem Hintergrund, dass sich dieser inhaltlich anders entschieden hat – eine Unverschämtheit.

Sie wissen, dass ich mich schon vor langer Zeit für die Erstellung eines solchen Bildungsplanes im Landtag stark gemacht habe. Und ich war froh, dass die Regierung sowie die CDU-Fraktion diesem Anliegen gefolgt ist, und habe daher auch sehr gerne als Vertreter des Landesjugendhilfeausschusses an der Erarbeitung des Bildungsplanes mitgewirkt.

Ich habe immer die Meinung vertreten, dass es zwei Möglichkeiten gibt, mit der Frage weltanschaulicher und religiöser Bildung umzugehen. Zum einen könnte man den Weg gehen, dass alle Werthintergründe und Glaubensrichtungen in allen Kindertageseinrichtungen zur Geltung kommen. Das würde natürlich verlangen, dass christliche Einrichtungen ihren Kindern deutlich machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung an keinen Gott glaubt und seine Werte nicht aus religiösen Quellen schöpft.

Die andere Möglichkeit wäre, dass Kindertageseinrichtungen – geleitet von Werthintergrund und Religiosität ihres Trägers – unterschiedliche Inhalte in diesem Bildungsbereich vermitteln. Wenn man aber diesen Weg geht, dann ist es absurd, über den Bildungsplan in nicht-christlichen Einrichtungen christliche Werte vermitteln zu wollen, den umgekehrten Fall aber auszublenden.

Und ich möchte mich auch ganz deutlich gegen den Duktus verwahren, dass vorrangig oder ausschließlich religiöse oder gar christliche Bildung Wertorientierung

begründe und zu Verantwortung, eigenem Urteilsvermögen und zur Freiheit befähige. Aber genau so ist es in diesem Teilbereich des Bildungsplans jetzt formuliert. Das halte ich für falsch. Geradezu skandalös ist die Formulierung: „Die Leugnung der religiösen Dimension des Lebens wie des Menschseins, bildet (leider Gottes) eine Wurzel für den Werteverfall.“

Ich empfinde solche Worte auch ganz persönlich als Diskriminierung von Atheisten und nichtchristlichen Glaubensgemeinschaften, die in Sachsen immerhin mehr als

Es gibt auch bei Nichtchristen sehr viel Achtung und Anerkennung gegenüber dem christlich motivierten gesellschaftlichen Engagement vieler Menschen. Diese Achtung teile auch ich. Was ich allerdings aus Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern verstärkt wahrnehme, ist eine große Empfindlichkeit gegenüber aufdringlichen Missionierungsversuchen der Kirchen.

drei Viertel der Bevölkerung ausmachen.

Es gibt auch bei Nichtchristen sehr viel Achtung und Anerkennung gegenüber dem christlich motivierten gesellschaftlichen Engagement vieler Menschen. Diese Achtung teile auch ich. Was ich allerdings aus Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern verstärkt wahrnehme, ist eine große Empfindlichkeit gegenüber aufdringlichen Missionierungsversuchen der Kirchen. Und auch diese kritische und ablehnende Perspektive wird von mir geteilt.

Als christdemokratische Ministerin sollte Ihnen bewusst sein, dass solche Missionierungsversuche vor allem denen schaden, die im täglichen Einsatz in Altenheimen, Kindertagesstätten und anderen sozialen Einrichtungen aus christlicher Motivation heraus mit Menschen aller Weltvorstellungen und Glaubensrichtungen arbeiten. Zudem wird durch diesen einseitigen Abschnitt IV der Bildungsplan insgesamt einseitig und für viele nicht mehr akzeptabel. Es kommt dem Staat und Ihnen als Ministerin nicht zu, einzelne Lebensformen und Werthintergründe zu befördern und andere zu diskriminieren.

Ihre Vorgehensweise, Frau Ministerin, ist für mich ein Wortbruch. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich unter diesen Umständen nicht bereit bin, weiter im Beirat mitzuarbeiten.

SO SEHE ICH DAS



Auch wenn das jetzt schon ein paar Tage zurückliegt, es bleibt brandaktuell: Der katholische Erzbischof von Berlin, Georg Sterzinsky,

nahm das Ostertfest zum Anlass, die Ostdeutschen zu mehr Geduld beim wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern zu mahnen. Kann er getrost. Das freiheitlich-demokratische Prinzip von der Trennung von Kirche und Staat steht ja kaum noch auf einem Papier. Und so mischt Erzbischof Georg Sterzinsky mit: Die faulen Ossen sollten nicht so weinerlich sein, schließlich sei Ostdeutschland vom Westen „so tatkräftig unterstützt und geför-

dert“ worden, „wie man das gar nicht erwarten konnte“.

Der 70-jährige politisierte: Es sollte nicht vergessen werden, dass „das total verrotete System der DDR Schuld an der heutigen Misere hat“. Die Menschen hätten heute ihre Freiheit, es gab und gebe eine große wirtschaftliche Förderung.

Das ist genau der Kakao, den wir nicht auch noch trinken wollen.

Unbedingt musste der Berliner Kardinal

Der Kardinal sprach

dann noch an die Ausgrenzung von Christen in der DDR erinnern. „Auch wenn wir nicht so blutig und grausam verfolgt wurden wie die Christen in der Sowjetunion, mussten wir als Christen in der DDR schon einiges aushalten, wurden oft schikaniert und ausgegrenzt.“ Aber sogar die SED habe irgendwann erkannt, „dass es ohne Religion nicht geht“.

Ohne Religion ging es ganz gut, sehr solidarisch, sehr friedensbewusst. Vorbei!

Außerdem, war es wirklich Staatspolitik,

Gläubige ausgrenzen? Man sehe sich nur die Kurzbiografien der sächsischen Landtagsabgeordneten der CDU seit 1990 an. Ist da eine/einer zu finden, die/der nicht studieren konnte, keinen lukrativen Job hatte? Natürlich musste erwähnt werden, dass der Weg schwierig und hindernisreich war. Sonst wäre die Vita ja fast peinlich schön. Ans Ziel kamen alle. Und einen Arbeitsplatz, oft in Chef-funktion, hatten auch alle. Trotz ihrer

„röm.-kath.“ oder „luth.-ev.“ Glaubenszugehörigkeit. Aber solche Peanuts muss ein Kardinal nicht berücksichtigen auf seinem Kreuzzug gegen die gottlose DDR und ihre immer noch aufmüpfigen, also „weinerlichen“ menschlichen Überreste. Kurz vor Ostern veröffentlichte das Statistische Landesamt Kamenz (Sachsen) eine Statistik, die sich neben vielen anderen verbrieften Aussagen auch ein Erzbischof hinter den Spiegel stecken konnte. Ihr zufolge haben Ostdeutsche gene-

rell mehr gearbeitet als ihre Kollegen im bundesweiten Durchschnitt – und das nicht bei Westlohn! Bei den sächsischen Erwerbstätigen waren es 62 Stunden mehr im Jahr. Und doch ist der Osten von einer für ein Industrieland katastrophal zunehmenden Armut geprägt. Genau dieser Osten, der einst mit seiner vorbildlichen Sozialpolitik quasi die wirkungsvollste Gewerkschaft für die BRD-Werkstätten war, ehe die Treuhand mit ihren kriminellen Aktivitäten zuschlug, die zum endgültigen Ausbluten der DDR-Industrie und zum Verschwinden des DDR-Volkvermögens führten.

Das ist natürlich alles ein bisschen sehr profan für eine Heiligkeit wie Kardinal Sterzinsky. So profan wie die Schlangen vor den Arbeitsämtern und die Entwürdigung einer ganz gewöhnlichen Hartz-IV-Familie, die dennoch hier auf Erden satt werden muss. Womöglich müssen Hartz-IV-Empfängerinnen künftig regelmäßige gynäkologische Berichte vorlegen? Die „Beweislast“, dass sie keine Sozialschmarotzerinnen sind, liegt ja nun bei ihnen.

• MAXI WARTELSTEINER



Christliche Hegemonie?

Nachdem bereits das sächsische Schulgesetz unzulässigerweise eine religiöse Prägung erhalten hat – einseitig werden hier christlich-abendländische Traditionen beschworen –, sind religiöse Fundamentalisten gegenwärtig dabei, neue Pflöcke einzuschlagen, die mit staatlicher Macht eine Christianisierung von Erziehung und Wissenschaft befördern sollen.

Ministerin Orosz hat entgegen ihrer Zusage ein Kapitel über religiöse Bildung in den Bildungsplan für Kitas aufgenommen, wodurch nichtkonfessionellen Einrichtungen die Einführung einer Christenlehre verordnet würde. Begründet wird das mit der Behauptung, dass „die Leugnung der religiösen Dimension ... eine Wurzel für den Werteverfall“ bilde – eine Anmaßung gegenüber mindestens drei Viertel der sächsischen Bevölkerung, die nicht kirchlich gebunden sind. Es ist nur allzu verständlich, dass die Linksfraction eine Rücknahme der Regelung fordert und sich dem auch die SPD angeschlossen hat.

Übrigens: In die Missionierungsstrategie der CDU-Ministerin fügt sich die Attacke des CDU-Fraktionschefs Hähle gegen den Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, Prof. Dr. Besier, nahtlos ein. Er forderte, ihn wegen seiner öffentlichen Kritik an den Kirchen abzuberufen. (Siehe auch S. 5.) • G. L.

Gegen Länderfusion

LN. Der Landtag hat den von Bundesverkehrsminister Tiefensee und Sachsen-Anhalts Finanzminister Bullerjan unterbreiteten Vorschlag zur Fusion von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen abgelehnt. Nur die SPD sprach sich dafür aus.

Linksfractionen Porsch äußerte dazu in der Debatte, zwar würde die Fusion finanzielle Entlastungen bringen. Jedoch seien Verwaltung, Regierung und Parlament nicht alles, was ein Bundesland ausmache. Die Bundesländer seien Ergebnis eines langen historischen Prozesses und zuallererst Kulturräume und damit auch Identifikationsräume. „Sie sind Instrument und Form zur Herstellung einer größeren, aber eben kulturell differenzierten gesamtstaatlichen politischen Einheit. Ist die kulturelle Differenzierung konstituierende Grundlage der Bundesländer, so ist Belieblichkeit ihres Zuschnitts nicht möglich.“ Entscheidend seien die von den Betroffenen selbst gefühlten Unterschiede. Deshalb mache das Grundgesetz Volksabstimmungen zur Voraussetzung für Länderfusionen.

Für Mindestlohn und Freizügigkeit

Arbeitsmarkt-Konferenz der sächsischen Linksfraction mit Nachbarländern

LN. Rund 100 Politiker aus Deutschland, Polen und Tschechien berieten auf Einladung der Linksfraction im sächsischen Landtag Anfang Mai in Görlitz über länderübergreifende Arbeitsmarkt-Potenziale.

Zu den Teilnehmern gehörten der stellvertretende Minister für Arbeit und Soziales Tschechiens, Jiri Hofman, der DGB-Vorsitzende Ostsachsens, Bernhard Sonntag, Andrzej Otreba von der Gesamtpolnischen Vereinigung der Gewerkschaften und der Vizechef der tschechischen Gewerkschaft OCMS, Stanislaw Groszpi.

Ein Forum brachte Konsens zur Einführung eines Mindestlohns in allen Staaten. Eine regionale Differenzierung der Höhe des Mindestlohns lehnten die Teilnehmer ab. Zugleich befürworteten sie eine langfristige gemeinsame Regelung auf europäischer Ebene. Der tschechi-

sche Vize-Arbeitsminister verwies darauf, dass in Tschechien dank Mindestlohn nur acht Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten; dies sei die geringste Anzahl in ganz Europa. Der Vertreter der polnischen Gewerkschaften kritisierte, dass der polnische Mindestlohn in den letzten Jahren von 45 auf 36 Prozent des durchschnittlichen Lohnes gesunken sei. Der Chef der sächsischen Linksfraction, Peter Porsch, betonte, seine Fraktion unterstütze die Kampagne der Linkspartei für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland von acht Euro brutto pro Stunde. Zugleich äußerte er, er halte die Einschränkung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit durch die deutsche Seite für falsch – Probleme ließen sich nicht durch Abschottung, sondern nur durch Kooperation auf gleicher Augenhöhe lösen.

Porsch-Anklage soll Linkspartei schädigen

LN. In der Parlamentsdebatte über eine Abgeordnetenanklage gegen den Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Prof. Dr. Peter Porsch, nach der eine Zweidrittelmehrheit für eine Anklage votierte (siehe Chronik), äußerte Linksfractionen-Geschäftsführer André Hahn u. a.:

„Es geht insbesondere den Eiferrern ganz offenkundig nicht um eine ergebnisoffene kritische Auseinandersetzung mit strittigen Vorgängen aus DDR-Zeiten. Es geht vielmehr um Abrechnung, ... es geht um eine Delegitimierung des Lebens im realen Sozialismus, und es geht nicht wenigen auch um den Versuch einer Entscheidungsschlacht gegen die unbequeme Linkspartei. ...“

Nehmen Sie doch bitte endlich zur Kenntnis: Peter Porsch ist als Spitzenkandidat der PDS 2004 im Wissen um die gegen ihn erhobenen und von ihm bestrittenen Vorwürfe von fast einem Viertel der sächsischen Wählerinnen und Wähler in den Landtag gewählt worden, und die Fraktion hat ihn einstimmig zu ihrem Vorsitzenden bestimmt. Substantiell ist seitdem nichts Neues bekannt geworden. Was hier heute stattfinden soll, ist ein absurder Vorgang und eines demokratischen Parlaments unwürdig. Es geht nicht um Aufklärung oder Wahrheitsfindung. Es geht vielmehr um die Abrechnung mit einem unliebsamen Oppositionspolitiker und um einen Frontalangriff auf die Linkspartei. PDS. Das eigentliche Ziel ist die Beschädigung und Schwächung der Linkspartei. ... Die Abgeordnetenanklage wird spätestens vor dem Verfassungsgericht scheitern, und die allermeisten von denen, die heute zustimmen werden, wissen das auch ganz genau.“

Niedriglöhne

LN. Fast 500 000 Menschen in Sachsen – etwa ein Drittel aller Erwerbstätigen – haben laut DGB ein Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro im Monat. Vor diesem Hintergrund begrüßte der Vorsitzende des DGB Sachsen, Hanjo Lucassen, die von der Linkspartei PDS angestoßene Landtagsdebatte um einen gesetzlichen Mindestlohn. „Ein Mindestlohn ist eine wichtige und notwendige untere Grenze, damit Menschen auch von ihrer Arbeit leben können“, so Lucassen. Am 11. Mai stand der Mindestlohn auf der Tagesordnung des Landtags.

Verwaltungsreform

LN. Innenminister Buttolo hat am Wochenanfang seinen Plan für eine Verwaltungsreform in Sachsen dem Kabinett, den Fraktionsvorsitzenden und Kommunalpolitikern vorgestellt. Danach soll bis 2009 die Anzahl der Kreise von 22 auf zwölf reduziert werden. Nur Dresden, Leipzig und Chemnitz sollen Stadtkreise bleiben. Von den 22 000 Landesstellen sollen 5100 gestrichen (145), privatisiert (1515) oder – verbunden mit einer entsprechenden Aufgabenzuordnung – den Kreisen und Kommunen (rund 3500) übertragen werden.

Schuluniform

LN. In der gegenwärtigen öffentlichen Debatte über das Für und Wider von Schuluniformen hat sich die Linkspartei-Abgeordnete Cornelia Falken mit der Meinung zu Wort gemeldet, sie machten soziale Benachteiligung bzw. Armut zwar vorübergehend unsichtbar, beseitigten aber die Ursache sozialer Konflikte an Schulen nicht. Erfahrungen besagten, dass sich das soziale Klima an einer Schule verbessert. Ob es sich dabei nur um kurzfristige Erfolge handelt, sei unklar. Wenn sich Schulkonferenzen dafür entscheiden, sei es einen Versuch wert.

2. Mai

Bagdad/Leipzig. Die im Irak entführten Techniker der Wurzener Firma Cryotec, René Bräunlich und Thomas Nitzschke, kommen aus 99-tägiger Geiselhaft frei.

Dresden. Nur 44 Prozent von 1000 Jugendlichen Sachsens, die Mitte 2005 befragt wurden, fühlen sich hier wohl. Mindestens ein Drittel ist zum Abwandern bereit. Der Anteil derer, die sich als „rechts“ einordnen, stieg in zwei Jahren von 12 auf 20 Prozent. Das geht aus einer von Familienministerin Orosz vorgestellten Studie des Instituts für Marktforschung (Leipzig) hervor.

4. Mai

Dresden/Leipzig. Zuviel Feinstaub, warnen sächsische Messstellen an über 30 Tagen des 1. Quartals. In EU-Staaten darf die Feinstaubgrenze höchstens an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Leipzig kam bis Ende März bereits auf 29 Tage, teilt das Amt für Umweltschutz mit.

Großbothen. Bis Jahresende übernimmt der Muldentalkreis die Ostwald-Gedenkstätte, nachdem die Landesregierung die Streichung der Fördermittel ankündigte. Wilhelm Ostwald war bisher einzi-

ger Nobelpreisträger Sachsens.

6./7. Mai

Leipzig. Student Thomas Diedrich von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur hat einen neuen Kurbelwellen-Typ für Pkw-Otto-Motoren entwickelt, meldet eine Tageszeitung.

8. Mai

Leipzig. Telekom-Mitarbeiter schließen sich mit einer Kundgebung dem Warnstreik vor der neuen Tarifrunde zwischen Ver.di und Telekom an.

9. Mai

Hohnstein. Burg Hohnstein (Sächsische Schweiz) soll wieder Gedenkstätte werden. Das fordert die Linksfraction des Landtags in Übereinstimmung mit Zentralrat der Juden und VVN/BdA. Die KZ-Gedenkstätte wurde 1995 geschlossen.

10. Mai

Dresden. Der Landtag stimmt zu, die Al-

ters- und Wählbarkeitsgrenze für ehrenamtliche Bürgermeister und Ortsvorsteher aufzuheben.

Dresden. Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP) erklärt, sein Amt ab sofort ruhen zu lassen und keine dienstlichen Handlungen vorzunehmen, nachdem das Landgericht den Termin für den Prozess gegen ihn für den 6. Juni anberaumt hat. Roßberg ist der Untreue, der Beihilfe zum vorsätzlichen Bankrott und der Vorteilsnahme angeklagt.

11. Mai

Dresden. Der bundesweit erste Landesverband der „Tafeln“ gründet sich. Die 31 sächsischen Stationen mit Essen für Bedürftige schließen sich zusammen, weil sich durch Hartz IV die Armut drastisch verschärft, teilen die Organisatoren mit.

Dresden.

83 der 119 anwesenden Landtagsmitglie-

der stimmen für eine Abgeordnetenanklage gegen Prof. Peter Porsch wegen MfS-Kontakt. Der Vorsitzende der Linksfraction bestreitet wissentliche Zusammenarbeit. Karl Nolle (SPD) enthält sich der Stimme, weil eine ehrliche und gründliche Aufarbeitung der Geschichte fehle.

Dresden.

Wegen volksverhetzender Äußerungen wird Uwe Leichsenring (NPD) des Landtags verwiesen und für die nächsten zwei Sitzungstage ausgeschlossen. In Anspielung auf Sonderzüge für Deportationen in KZs hatte er gesagt: „Ja, ja, manchmal wünscht man sie sich wieder, wenn ich manche so sehe.“

12. Mai

Dresden. TU-Professor Hermann Locarek-Junge (früher Augsburg) lehnt die Promotionsbetreuung einer syrischen Wirtschaftsstudentin „angesichts der feindseligen Haltung Ihres Landes gegenüber dem Westen“ ab.

Groitzsch. Die Stadt im Kreis Leipziger Land beschließt eine kommunale Eigenheimzulage für Ehepaare und Alleinstehende mit Kindern.

SACHSEN-CHRONIK

2. bis 21. Mai

Wer sein bewusstes politisches Leben dafür eingesetzt hat, die Idee des Sozialismus – eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg – auf deutschem Boden verwirklichen zu helfen, was in der Praxis hieß, am Geheihen und Erstarren der DDR mitzuwirken, verfolgt aufmerksam die Fusion von WSAG und PDS zur Linkspartei. Derjenige, der den Vereinigungsprozess 1945/46 miterlebt hat, berücksichtigt in seinem Urteil zwangsläufig die damaligen – positiven wie negativen – Erfahrungen. Da stimmt es hoffnungsvoll, dass die vorbereitenden Parteitage am letzten April-Wochenende, die WSAG in Ludwigshafen, die PDS in Halle, den Kurs auf die Fusion mit Mehrheiten festlegten. Lafontaine zeigte sich zuversichtlich:

Von **HORST SCHNEIDER**

„Wir werden die neue Linke zustande bringen, weil Deutschland die Linke braucht“, sagte er auf dem Parteitag der Linkspartei in Halle. Auch Gregor Gysi äußerte sich im Hinblick auf die Fusion optimistisch. Aber damit sind die Probleme und Schwierigkeiten nicht vom Tisch.

„Neue Linke“ noch undefiniert

Zunächst geht der Streit um die Frage: Wozu wird eine „neue Linke“ gebraucht? Worin besteht ihr Ziel und Zweck (manche „Reformer“ sprachen vom „Gebrauchswert“)?

„Die Meinungen darüber, wie eine neue Linke aussehen wird, gehen weit auseinander!“ (Dietmar Bartsch im ND vom 29./30. April 2006) Aber welche Meinungen gehen aus welchen Gründen „weit auseinander“? Ulrich Maurer beendete sein Interview im *Neuen Deutschland* am Vorabend der beiden Parteitage mit den Worten: „Es gibt erstmalig die Chance, eine Vereinigung hinzukriegen, die nicht als Kolonialismus erfahren wird.“ (ND, 29./30. April 2006)

Was meint er damit?

Die deutsche Arbeiterbewegung hat Erfahrungen mit drei Einigungen: den Zusammenschluss der „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ auf dem Gothaer Parteitag 1875 (den Marx und Engels aktiv mit ihren Ratschlägen begleitet haben), die Vereinigung der KPD mit Teilen der USAP (im Ergebnis der Erfahrungen bei der Abwehr des Kapp-Putsches im März

„Prüfet aber alles, und das Gute behaltet“

Paulus an die Thessalonicher 5.21

1920) und die Vereinigung der SPD und KPD zur SED im April 1946. Jede Fusion erfolgte unter spezifischen historischen Bedingungen, aber mit der Erkenntnis: Die Spaltung der Arbeiterbewegung nutzt ihren Feinden. Bei keiner der drei Fusionen wurde „kolonialisiert“, bei jeder gab es eine unwiederholbare Situation, spezifische Aspekte und Erfahrungen. Wer leichtfertig gute Tradition mit Begriffen wie „Zwangsvereinigung“ leugnet oder verleumdet, verzichtet von vornherein auf einen wichtigen Schatz historischer Erfahrungen. Ist das klug oder nützlich? Wem nutzt(e) der Bruderkampf in der Arbeiterbewegung? Im März 1987 warnte Willy Brandt erstmals in Bonn versammelte SPD- und SED-Historiker vor „eingeschliffenen Verhaltensmustern“ und vor der Wiederholung „alter Schlachten“, woran Günter Benser (im ND vom 22./23. April 2006) mit Nachdruck erinnerte. Wenn die Parteienfusion kein Selbstzweck sein soll, muss jeder Sympathisant oder Wähler erfahren, was die „neue Linke“ will. Als die SED gegründet wurde, war das aus dem Aufruf der KPD, den programmatischen Aussagen der SPD und dem Gründungsdokument der SED, dem „Manifest an des deutsche Volk“ eindeutig zu entnehmen: „*Nur die Vernichtung der Kräfte der Militarismus und Imperialismus, der Aufbau einer lebendigen und kämpferischen Demokratie und der durch Taten bekundete aufrichtige Friedenswille kann das deutsche Volk in die Gemeinschaft der friedlichen Nationen zurückführen. Die antifaschistisch-demokratische Republik und die Politik der Völkerverständigung sind deshalb unerlässliche Voraussetzungen für die Existenz und Zukunft Deutschlands.*“ Es gab auch Widerstand und Unverständnis bei einzelnen Sozialdemokraten (die heute wie Hermann Kreuzer im ND vom 22./23. April 2006 zu Helden und Märtyrern mutie-

ren), einigen Kommunisten, Trotzlisten und anderen, aber der moralische „Zwang zur Einheit“ (Prager Manifest des SPD-Vorstands 1934) war die herrschende Tendenz. Zu den ersten, wichtigsten und folgenreichsten Aktionen der jungen SED gehörte – im Bündnis mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien – die Enttarnung der Kriegs- und Naziverbrecher. Zwischen der Herstellung der Arbeitereinheit und der antifaschistisch demokratischen Umwälzung gab es untrennbare dialektische Beziehungen. Eins bedingte das andere. Zweifellos war der „Zwang zur Einheit“ angesichts der Erfahrungen mit Krieg und Faschismus ausgeprägter als heute. Aber die Gefahren, die für die Menschheit vom Imperialismus ausgehen, sind geblieben. Also muss die „neue Linke“ mutig und offen sagen, was sie will, jetzt und in Zukunft.

Da gäbe es zum Beispiel sechs Kriterien

Aber: Weder in Halle, noch in Ludwigshafen unternahmen die Parteitage den Versuch, den Begriff „neue Linke“ mit Inhalt zu füllen und Ziele und Aufgaben klar zu definieren. Dabei wäre ein Versuch z. B. unter Berufung auf Wolfgang Abendroth (oder andere wie Rosa Luxemburg) möglich und nützlich gewesen. Abendroth formulierte 1980 sechs Kriterien für den Begriff Linke:

- die Verteidigung der im Grundgesetz garantierten demokratischen und sozialen Rechte
- der Einsatz gegen Rüstung und Krieg
- die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus und seine ökonomischen Grundlagen
- die Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus und Antisowjetismus
- der Kampf für soziale Rechte
- die Solidarität mit Angehörigen fremder Nationalitäten.

Das Angebot Abendroths (und anderer) muss keine Folie für ein Programm der „neuen Linken“ sein, aber ein Angebot ist es allemal. Doch Parteien, die „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein wollen, gibt es schon seit langem. Dazu ist eine „neue Linke“ nicht nötig. Eine zentrale Lösung heißt: „Eine andere Gesellschaft ist möglich“. Aber das „Anderssein“ besagt wenig.

Auch Merkel will „anderen“ Staat

Wenn dem *Spiegel* (18/2006 S. 24) wenigstens in diesem Fall zu glauben ist, träumt Angela Merkel von einem „anderen Staat“ und einem „besseren Deutschland“. Zu fragen ist lediglich, was sie unter „anders“ und „besser“ versteht. Der neue SPD-Vorsitzende Kurt Beck steht Angela Merkel „ähnlicher, als es der Demokratie gut tut“ bei. Und das harsche Urteil des *Spiegel*? „*In Wahrheit aber betreiben die Volksparteien nichts anderes als politische Traditionspflege. Wieder mal polieren die Vorsitzenden und ihre Höflinge Kampfbegriffe. Sie pflegen das Vorurteil über den jeweilig anderen, hoffend, dass diese Abgrenzung am Ende beiden nützt. Was nach politischem Meinungskampf aussieht, ist in erster Linie ein Rollenspiel. CDU und SPD simulieren Unterschiede, die es zwischen ihnen schon lange nicht mehr gibt. Jede Attacke auf den anderen gilt als Tätigkeitsnachweis gegenüber der eigenen Wählerklientel. So soll im Fußvolk jene Leidenschaft am Glimmen gehalten werden, die bei vielen Führungsleuten schon erloschen ist. Der Rest ist Schauspielkunst.*“

Noskes und Scheidemanns sind keine Leitbilder

Linke können auf derlei Schauspielkunst und „Höflinge“ verzichten. Leitbilder können die Bebel, Liebknecht, Luxemburg und Thälmann sein, wohl kaum die Noskes und Scheidemanns.

Und noch etwas: Wer die Geschichte der DDR auf den „Stalinismus“ und GULAGs (die es nicht gab) kürzt, meint es nicht gut mit den Linken. Das Kommando, die DDR zu „delegitimieren“, kam von Justizminister Kinkel, der vorher auch als Geheimdienstchef mit der DDR zu tun hatte. Aus Sorge um den Sozialismus auf deutschem Boden? Um einen „anderen“ Sozialismus zu unterstützen? Müssen Linke Erfüllungsgehilfe Kinkels sein? Oder sollten wir an Goethes Rat denken: Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen?

Nach „Richter Gnadenlos“ Schill folgt als neuer Parteigründer Hamburgs Ex-Justizsenator Roger Kusch, auch „die lächelnde Guillotine“ genannt. Einst waren sie enge Freunde, dann politische Weggefährten in der CDU, heute sind die beiden Juristen Konkurrenten: Hamburgs 1. Bürgermeister Ole von Beust und sein von ihm geschasster Justizsenator Roger Kusch. Am „Tag der Arbeit“ präsentierte Kusch im Renaissance-Hotel in Hamburgs City seine neue Sammlungsbewegung, mit der er 2008 zum Sprung in die Hamburgische Bürgerschaft ansetzen will. „Heimat Hamburg“ nennt Kusch seine Partei, mit der er die seit der Abwahl von Ronald Schill entstandene Lücke am rechten Parteienrand schließen will. Schill und Kusch verbindet, dass beide als nazistische und nicht teamfähige Einzelkämpfer gelten. Seit seinem Rauswurf aus Hamburgs

„Die lächelnde Guillotine“ will es nun richten

Senatorenriege wirft der 51-jährige Kusch der CDU und Angela Merkel vor, „Deutschland spürbar in eine sozialistische Gesellschaft“ zu verwandeln. Sein Fünf-Punkte-Parteiprogramm ist vage, noch kann er für seine „Heimat Hamburg“ nicht viel bieten. Er setzt auf seine Lieblingsforderungen, mit denen er in der Hanseatischen CDU scheiterte. So tritt er für die Abschaffung des Jugendstrafrechts wie auch für einen kompromisslosen Kampf gegen Drogen ein. Das Antidiskriminierungsgesetz steht ebenso auf seiner Abschlusliste wie die Fixerstuben der Stadt, in denen sich die Abhängigen unter kontrollierten hygienischen Bedingungen ihre Suchtmittel zuführen. Und er kämpft gegen gegen Leinenzwang, der nach zahlreichen Kampfhundattacken eingeführt wurde.



Kusch, wie Schill Parteigründer

Noch hat Kuschs „Heimat-Hamburg-Partei“ erst zehn Mitglieder aus dem Bekanntenkreis. Auf weitere Mitglieder, vor allem auf potente Sponsoren, hofft

der Parteigründer in den nächsten Monaten. Und wie vorher Schill setzt auch Kusch auf die Mithilfe des Springer-Verlags. Einst hatte BILD Hamburg und das Hamburger Abendblatt Ronald Barnabas Schill in der Hansestadt bekannt geschrieben.

Was in Hamburg in den letzten fünfzehn Jahren bereits zweimal aus dem Stand erfolgreich, aber auch schnell wieder vergessen war, das könnte mit dieser Partei erneut wieder klappen. Der Vorläufer „Statt-Partei“ scheiterte an inneren Widersprüchen. Schills Partei ging wegen der Quoten seiner „Volksgerichts-Show“ in den Keller und setzte sich aus Hamburg ab. Nun also heißt es abwarten, ob die „Heimat-Hamburg-Partei“ den versprochenen rechten Weg für unsere Stadt zeigt. • **KARL-H. WALLOCH**



Uraufführung: 9. November 1949



Uraufführung: 3. Dezember 1948



Uraufführung: 3. Oktober 1947



Uraufführung: 13. Januar 1956

Der Anfang ...

Im Oktober 1945 erteilte kein Geringerer als Stalin dem Leiter der sowjetischen Militäradministration und Oberbefehlshaber der Truppen, General Shukow, die Genehmigung, eine deutsch-russische Filmfabrik ins Leben zu rufen. Bereits im Herbst 1944 erörterten auch Mitglieder der KPD unter dem Vorsitz Wilhelm Piecks erste Filmpläne im berühmt-berühmten Emigranten Hotel „LUX“ in der Moskauer Gorkistraße. Gedacht war beispielsweise an eine „Aurora-Filmgesellschaft“, bei der der berühmte Panzerkreuzer und die Morgenröte zumindest symbolisch Pate standen. Nach langer Diskussion setzte sich das Kürzel DEFA durch. Es stand für Deutsche Film AG. Das bekannte Firmenlogo auf schwarz-weiß perforiertem Filmgrund kritzelte der Schauspieler Hans Klering während der langen Diskussionsrunden gewissermaßen als Nebenprodukt aufs Papier. Die Lizenz übergab am 17. Mai Oberst Sergej Tulpanow in Berlin. Als künstlerischer Beirat wurde neben anderen auch der aus der Emigration heimgekehrte Regisseur Slatan Dudow (Kuhle Wampe) benannt.

Einen Tag später wurde in den Babelsberger Althoff-Ateliers ganz offiziell mit 300 geladenen Gästen gefeiert. Auf der Einladungsliste sämtliche Präsidenten der Zentralverwaltungen, Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Kunst. Glückwünsche kamen aus allen Zonen. Hans Albers wurde erwartet und Schauspieler Werner Finck telegraphierte: „Ein ferner Wink von Werner Finck / damit das Ding / Euch wohl gelingt!“

Unabhängig von offiziellen Daten trafen sich in jenen Tagen vielerorts Kameraleute, Regisseure, Schriftsteller, Komponisten und Schauspieler, die nur der Wunsch einte, nach der Katastrophe des Krieges neu zu beginnen: Hans Faldada, Günter Weisenborn, Gerhard Lamprecht, Wolfgang Staudte, Peter Pewas und nicht zuletzt, inzwischen DEFA-Mitglied, Kurt Maetzig. Bereits im August 1946 arbeiteten bei der DEFA 772 Mitarbeiter, darunter 12 festangestellte Regisseure, 21 Kameraleute und 12 Produktionsleiter. Ein Filmmonopol war entstanden mit Sog auf ganz Deutschland. Die inzwischen ins

Widersprüchliches

Wer Gelegenheit hat, sich etwas näher mit den Arbeitsmaterialien und Filmzeitschriften jener Jahre zu beschäftigen wird manch interessantes Detail entdecken. Beispielsweise in Kurt Maetzigs berühmtem Film „Ehe im Schatten“, der das Schicksal des Schauspielerehepaars Gottschalk und seinen Freitod zum Inhalt hat. Die Produktion entstand nach einer Novelle von Hans Schweikart mit Ilse Steppat und Paul Klinger in den Hauptrollen. Die Musik komponierte Wolfgang Zeller, ausgerechnet jener Mann, der Jahre zuvor schon die Musik zu „Jud Süß“ bei der UFA produziert hatte. Ein Widerspruch, der mich schon vor Jahren einen Brief an den Regisseur des Films Kurt Maetzig schreiben ließ mit der Frage: Warum gerade Wolfgang Zeller für diesen Film ausgewählt wurde. Professor Kurt Maetzig antwortete mir sehr persönlich:

64-98

Sehr geehrter Herr Zock,
das ist nun wirklich eine schwierige Frage, die sich nicht mit wenigen Worten beantworten lässt, sondern ein längeres Gespräch erforderte.
Sie müssen sich die damalige Situation vorstellen: Berlin lag in Trümmern, es waren nur wenige Künstler unserem Ruf gefolgt einen neuen Anfang zu wagen und vor allem; die grosse Umerziehung im Sinne des Humanismus und der Demokratie sollte ja gerade erst beginnen. Mit wem als Mitarbeitern war diese Aufgabe zu lösen, wenn nicht mit denen, die wir vorfanden? Eine Filmkunst ganz von Antifaschisten getragen, daran war gar nicht zu denken. Und selbst, wenn es so viele antifaschistische Künstler gegeben hätte, so wäre es falsch gewesen alle anderen zurückzustossen.
Wir haben damals die geistigen Träger und Unterstützer der faschistischen Filmkunst, also in erster Linie Regisseure, Autoren, Dramaturgen zurückgewiesen. Bei Schauspielern, Musikern und anderen waren wir grosszügiger. Wir setzten darauf, dass sie sich im Prozess der Teilnahme an der neuen demokratischen Filmkunst stärker veränderten, als wenn sie ausgeschlossen worden wären.
Was nun Wolfgang Zeller selbst betraf, so strenge ich mein Gedächtnis vergeblich an. Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob mir seine Teilnahme an „Jud Süß“ damals bekannt war oder nicht.

Freundliche Grüsse

Leipzig als Drehort

Nicht allzu häufig wurden in Leipzig die Kameras für große DEFA-Produktionen aufgebaut. Aber ab und an passierte es doch. So nutzte Kurt Maetzig 1955 die Straßenunderführung in der Lützner Straße für seine Thälmann-Filme und die Szene „Vorwärts und nicht vergessen“. Und als im gleichen Jahr nach Hedda Zinners Theaterstück „Der Teufelskreis“ ein Film über den Reichstagsbrandprozess entstand, drehte Carl Balhaus vor Ort. Immer wieder konnte man Leipzig aus luftiger Höhe bewundern, so 1963 in dem Gegenwartsfilm „Sonntagsfahrer“, der den 13. August und die Fluchtversuche Leipziger Akademiker als Komödie thematisierte. Aber auch in der Kindergeschichte „Der Weihnachtsmann heißt Willi“ näherte sich 1969 die Kamera von ganz oben den Gebäuden und Dächern, um schließlich am Hauptbahnhof, auf dem Weihnachtsmarkt und im Trubel der Stadt zu versinken. Und zu guter Letzt ritt Weihnachtsmann Rolf Herricht hoch zu Ross durch die attraktiven Passagen im Stadtzentrum. Die schräge Ausfahrt der Tiefgarage im heutigen Sportkaufhaus in der Lichtstraße gegenüber vom Neuen Rathaus diente

Leben gerufene Kulturfilmabteilung drehte 1946 ihre ersten beiden Kurzfilme: „Flecktyphus“ und „Seuchengefahr“. Das Publikum wünschte aber Spielfilme. In der sowjetisch besetzten Zone überprüften Kulturoffiziere, unterstützt von deutschen Mitarbeitern, zunächst alte UFA-Filme auf faschistische und rassistische Inhalte. Szenen, in denen NS-Symbole erkennbar waren, schnitt man heraus. In Leipzig wurden die ehemaligen UT Lichtspiele (heute Passage-Kinos) zur Überprüfungsleinwand.

Bevor „Die Mörder sind unter uns“ (Regie: Wolfgang Staudte), „Freies Land“ (Regie: Milo Harbich) sowie „Irgendwo in Berlin“ (Regie: Gerhard Lamprecht) im Oktober 1946 als erste DEFA-Filme in die Kinos kamen, ist noch von einem ungewöhnlichen Filmstart zu berichten. Eine der abenteuerlichsten Rekonstruktionen erlebte im Sommer 1946 eine Operette. Offiziell nicht als DEFA-Film verzeichnet, gelangte eine verschollen geglaubte „Fledermaus“-Verfilmung von 1944 mit 80 von DEFA-Mitarbeitern angefertigten Kopien als erster Nachkriegsfilm in die Kinos. Aufgefundenes Bunkermaterial war gesichtet und rekonstruiert worden. Fachleute nennen solchen Filme Überläufer ...

1968 Kriminellen als Fluchtweg in dem DEFA-Krimi „12 Uhr mittags kommt der Boss“. Und auch Szenen des Kriminalfalles

„Ware für Katalonien“ wurden 1958 in Leipzig in der damaligen Bezirksbehörde der VP gedreht. Immer wieder dienten die abgewohnten Altbaugebiete in Plagwitz als Kulisse für Millieuszenen aus den 30er Jahren. Sie sollten oftmals die deutsche Hauptstadt jener Zeit verkörpern. So verfilmte dort auch Karl Heinz Lotz 1985 den Roman „Junge Leute in der Stadt“, der sich mit dem Leben während der Weltwirtschaftskrise auseinandersetzte. Altes Rathaus, Mendeburgen und Opernhaus kamen postkartenähnlich und in Cinemascope auf die Kinoleinwand, als Frank Schöbel und Chris Doerk dort 1967 etliche Szenen für „Heißer Sommer“ drehten. Und als Manfred Krug fünf Jahre zuvor seine Stimmübungen in dem Lustspielerfolg „Auf der Sonnenseite“ absolvierte, surrten die Kameras in der Theaterhochschule Leipzig. Ja, und in „Du und ich und Klein-Paris“, da bekam die Sachsenmetropole sogar mal einen Filmteil ab, und die Straßen rund um das Schillerhaus wurden zum attraktiven Drehort.

Das Leipziger Capitol, damals größtes und populäres Erstaufführungshaus war in den Februartagen des Jahres 1988 in den Abendvorstellungen meist ausverkauft. Auf dem Programm eine DEFA-Produktion: „*Einer trage des anderen Last*“. Regie: Lothar Warnecke, der Mann hatte vor Jahren in dieser Stadt einmal Theologie studiert. Die Filmhandlung führt zurück in die frühen fünfziger Jahre der DDR. Zwei an Tuberkulose erkrankte junge Männer müssen ein Zimmer teilen: Josef Heiliger, Offizier der Volkspolizei, und Hubertus Koschütz, evangelischer Vikar. Dem Marxisten und dem Christen fällt es nicht leicht, miteinander auszukommen. Der eine hat über seinem Bett Stalin, der andere Christus. Heiliger verlangt vom Chefarzt in ein anders Zimmer verlegt zu werden. Doch der lehnt ab – mit der Begründung, sie müssten lernen, miteinander zu leben.

Das Kinopublikum ist begeistert. Auch der Leipziger Rundfunk und die vier Tageszeitungen erhalten stapelweise Post zu diesem Film. Viele schreiben, „dass von diesem Film eine Ermutigung ausgehe, wie sie seit Jahren nicht mehr zu spüren war“.

Nur wenige wussten, dass das Szenarium seit 1973 auf seine Realisierung wartete. Der Film traf auch im Januar 1988 auf

... das Ende?

ein äußerst waches Publikum – aber es war (wie man heute weiß) zu spät.

Ein ähnliches Schicksal ereilt Rolf Losanskys Jugendfilm „*Abschiedsdisco*“. Es geht darin um ein Dorf, das dem Braunkohletagebau geopfert werden soll. Das Szenarium wird 1983 nicht für eine Produktion freigegeben. Als schließlich 1990 „*Abschiedsdisco*“ (welche Symbolik) in die Kinos kommt, ist die Aufmerksamkeit des großen Publikums auf ganz andere Dinge des Lebens gerichtet. Lediglich Heiner Carows „*Coming out*“ stößt im November 1989 auch in Leipzig noch einmal auf ein breiteres Publikumsinteresse. Aber auch dieses Projekt brauchte (inzwischen verlorene) Jahre, um realisiert zu werden.

Es wurde mit einem Mal sehr still um die Leute aus Babelsberg. Es gab unter den Machern auch trügerische Hoffnungen auf ein Weiterbestehen. Manager und Makler inspizierten das Gelände. Ein Mann wie Volker Schlöndorff meinte: „Der Name DEFA riecht nicht gut.“ Und im Januar 1992 war dann endgültig Schluss. Die Mitarbeiter flogen auf die Straße, wenn sie sich kluger-

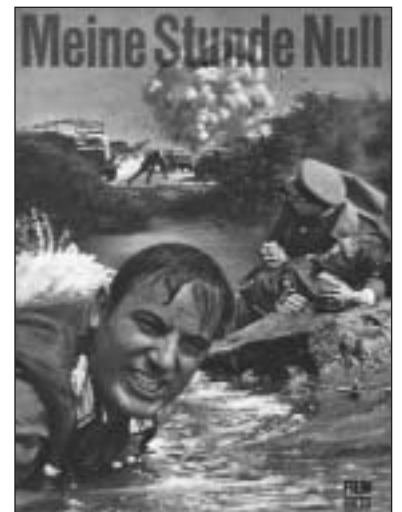
weise nicht schon längst nach anderen Jobs umgesehen hatten.

Was blieb von den 46 DEFA-Produktionsjahren? Zwischenzeitlich konnte man denken: „Die Geschichte vom kleinen Muck“ und „Das singende klingende Bäumchen“. Und dann natürlich die Spur der vielen Verbotsfilme. Inzwischen hat sich manches gewandelt. Selbst in Namibia kann man derzeit DEFA-Produktionen bestellen. Auch amerikanische Universitäten laden ehemalige DEFA-Regisseure und Filmwissenschaftler zum Disput. 20 Unis befassen sich derzeit in ihren Lehrplänen mit der DDR-Filmproduktion. Und seit sich vor Jahren die DEFA-Stiftung gründete, auch mit der Möglichkeit eines umfangreichen Video- und DVD-Vertriebs, werden aus allen vier Produktionsjahrzehnten viele Filme vor dem Vergessen bewahrt.

Der Zufall will es, dass zum 60. Jubiläum auch zwei DEFA-Gründungsmitglieder anwesend sind: der 96-jährige Karl Hans Bergmann und der 95-jährige Prof. Kurt Maetzig. Na, wenn das keine Symbolik ist ...



Uraufführung: 29. Januar 1970



Uraufführung: 28. April 1970



Uraufführung: 17. Dezember 1970



Der schweigende Stern in Amerika



1956: Zum zehnjährigen Jubiläum an der Kinokasse erhältlich

Die Entfernung der Babelsberger DEFA-Studios von den Theaterbühnen der Messestadt sorgte auch dafür, dass hier vielbeschäftigte Schauspieler nicht so oft im Filmvortrag auftauchten. Da gab es schon eher Chancen auf Stimmproben, denn die DEFA hatte in Leipzig ein vorzügliches Synchronstudio eingerichtet. Trotzdem gab es auch die Ausnahme von der Regel. Beispielsweise für Erich Gerberding, der bis zu seinem Tode 1986 viele Jahre am Leipziger Schauspielhaus wirkte. Hervorzuheben ist hier die Filmaufgabe in „*Freispruch mangels Beweises*“. Der 1962 aufgeführte Streifen thematisierte den Freitod eines westdeutschen Chefredakteurs.

Jahre zuvor hatte Fred Delmare eine wichtige Aufgabe als Marinus van der Lubbe. Wie im Theater spielte er im gleichnamigen Film „*Der Teufelskreis*“ den politisch Missbrauchten und Verzweifelten. Erwähnenswert auch seine unvergessenen Nebenrollen als Häftling in „*Nackt unter Wölfen*“ 1963 und als Reifenhändler in der „*Legende von Paul und Paula*“ 1972.

In den 50er Jahren wirkte Johannes Arpe als Intendant und Schauspieler in Leipzig. In jene Zeit fallen auch seine wichtigen DEFA-Rollen im Abenteuerfilm „*Rivalen am Steuer*“ oder als

Leipziger als Darsteller

Medizinprofessor im Kriminalfall „*Seiler-gasse 8*“.

Günther Grabbert hat viel im Synchronstudio der DEFA gearbeitet, aber auch vor der Kamera gestanden. So 1960 in einem Film über den Arbeitersportler Werner Seelenbinder „*Einer von uns*“ oder etwas später als streitbarer Parteisekretär in der erfolgreichen Romanverfilmung „*Beschreibung eines Sommers*“. Eine interessante Charakterstudie liefert er 1981 in „*Stunde der Töchter*“.

Christa Gottschalk, inzwischen Leipziger Schauspiellegende, wurde 1957 von Konrad Wolf für seinen Film „*Lissy*“ engagiert. 1959 spielte sie eine Hauptrolle an der Seite ihres Mannes Willy A. Kleinau in „*Reifender Sommer*“. Recht zwielichtig ihre Figur 1964 im Wirtschaftskrimi „*Schwarzer Samt*“, in dem auch Erich Gerberding mitwirkte. Eine dankbare Aufgabe erhielt Gert Gütschow 1972 als Serienmörder in dem DEFA-Krimi „*Leichensache Zernick*“, der einen Kriminalfall im Nachkriegsberlin eindrucksvoll thematisierte. Ja, und zu Frank Schöbel und seinen vier großen DEFA-Rollen wurde so viel gesagt und geschrieben – sie sind inzwischen Kult. „*Heißer Sommer*“ sahen bisher sechs Millionen im Kino.



Uraufführung: 13. März 1971

Im fünften Jahr des Intendanz Henri Maiers gab es nun erstmals eine (vorher hoch gepriesene) Uraufführung: die Oper „Der schwarze Mönch“ nach der gleichnamigen Erzählung von Anton Tschechow, komponiert von Philippe Hersant. Und wie vor zwei Jahren mit der (ebenfalls vom Hause hoch gepriesenen) deutschen Erstaufführung „Flight“ des Engländers Jonathan Dove als erstem neuen

Von **WERNER WOLF**

Werk gab es eine Enttäuschung. An Tschechows Vorlage liegt das gewiss nicht. Die Vorgänge spielen auf dem russischen Land. Der philosophierende, nervlich erschöpfte Andrej Kowrin folgt einer Einladung Tanjas, der Tochter des ganz mit seinem großen Garten verwachsenen Pessotski. Er fühlt sich einerseits von Tanja angezogen, andererseits leidet er unter der Halluzination eines schwarzen

Enttäuschender Mönch

Mönches. In vermeintlichen Zwiesgesprächen mit der Wahngestalt sieht sich Andrej als Genie, als Auserwählter Gottes zwischen Realität und Vorstellungen hin und her gerissen.

Dmitri Schostakowitsch zog in seiner letzten Lebenszeit die Erzählung Tschechows so an, dass er nach ihr eine Oper gestalten wollte. Es lässt sich denken, wie hintergründig die Vorgänge bei ihm ausgesehen und geklungen hätten. Eben an dieser Hintergründigkeit vor allem mangelt es dem Werk von Philippe Hersant, für das sein Bruder Yves ein simples, von allerlei Phrasen durchsetztes Libretto schrieb, das Bettina Bartz und Werner Hintze ins Deutsche übersetzten. An diesem Text entlang komponierte Philippe Hersant seine gut klingende, sozusagen hörfreundliche, aber be-

langlose Musik. Die mischt seit Claude Debussy und Richard Strauss in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ausgeprägte Klänge, Klanggestalten zu einem gefälligen Musikesperanto, dem jede Eigenart fehlt. Darüber erheben sich die „Serenade der Engel“ des Verdi-Zeitgenossen Gaetano Braga, ein Zitat aus Peter Tschaikowskis „Eugen Onegin“ und Imitationen russischer Gesänge. Für die szenischen Vorgänge entwarf Klaus Grünberg eine abstrahierte, steil nach oben führende, nüchtern weiße Gartenlandschaft. Die bietet der Regisseurin Tatjana Gürbaca Raum für allerlei Genre-Szenen und für die Postierung mehrerer Doubles der Hauptgestalten. Damit schafft sie äußerliche Belebung, ohne der Aussage des Werkes Wesentliches hinzuzufügen zu können. So bleibt die Wirkung der Bühnenvorgänge

den von der Regisseurin durchdacht geführten, überzeugend spielenden und singenden Akteuren zu danken: Tuomas Pursio als Andrej, Marika Schönberg als Tanja, Martin Petzold als skurriler Gärtner Pessotski, Ulrich Dünnebach als schwarzer Mönch und den Herren des Opernchores. Axel Kober bringt mit dem farbig und ausdrucksstark musizierenden Gewandhausorchester alles effektiv zum Klingen, was die Partitur hergibt. Nach der hier besprochenen zweiten, mäßig besuchten Aufführung des Werkes setzte nur zögernd Beifall ein, der eindeutig den Sängerdarstellern und dem Dirigenten galt.

Original Russisches bot ein Gewandhauskonzert, das Michail Jurowski kurzfristig für Neeme Järvi übernahm. Nach freundlicher Einstimmung mit

dem ersten Konzertwalzer von Alexander Glasunow faszinierte der Pianist Boris Berman mit Sergej Prokofjews viertem Klavierkonzert. Das entstand für den Pianisten Paul Wittgenstein, der im ersten Weltkrieg seine rechte Hand verloren hatte. Boris Berman meisterte alle Schwierigkeiten, glänzte mit stürmischen Läufen und Figuren, beeindruckte in den Mittelsätzen, aber auch mit lyrischer Gestaltung.

Aus heutiger Kenntnis der Biografie und des gesellschaftlichen Umfelds bleibt der erste Satz der 1939 entstandenen sechsten Sinfonie von Dmitri Schostakowitsch, ein Largo von fast 20 Minuten Dauer, als erschütterndes Requiem für die Opfer der vorangegangenen furchtbaren Prozesse zu verstehen. Und die beiden darauf folgenden schnellen Sätze erweisen sich als gespenstische Grotesken, erst recht, wenn sie so zugespitzt, so atemlos geboten werden wie von Jurowski mit dem Gewandhausorchester.



Körpereinsatz für einen Arbeitsplatz.

Foto: Theater der Jungen Welt

Wie weit würden Sie für einen Job gehen? Was, wenn der Personalchef unzweideutige Angebote macht? Diesen Fragen nähert sich im Theater der Jungen Welt Leipzig mit „Prostitution“ von Vivienne Newport und Jürgen Zielinski. Die englische Tanztheaterkünstlerin und der Intendant des TdJW sind ein gut eingespieltes Team. Ihre „Anleitung für Berufseinsteiger, -absteiger und -aussteiger in praktischen Schritten“, wie es im Untertitel heißt, ist eine düster-realistische Revue über sogenannte Vorstellungsgespräche. Bei fünf Millionen Arbeitslosen hierzulande wird das Gespräch zur Farce, überschreitet die Grenze der Selbsterniedrigung, tendiert zum Verhör, zur Dressur und im Extremfall zur Prostitution. Es ist der – oft aussichtslose – Traum vom festen Gehalt, der die Menschen treibt. Die Figuren durchlaufen die unterschiedlichsten Modellsituationen. Mal als Bewerber. Mal als Chef. Die Szenen

Bewerbungsrituale

sind durch gemeinsame Improvisationen und Übung entstanden, die sich nun zu einer Collage aus Tanz und Sprache zusammenfügen. Dem ausgezeichneten und überzeugenden Ensemble gelingt es, im schwarz-weißen Bürowahnsinn wahrhaft aufreizende Akzente zu setzen. Hervorzuheben ist dabei Reinhart Reimann, dem der Spagat zwischen Gewinner und Verlierer glaubwürdig gelingt. Violetta Czok als Verführte und Verführende, als Jobsuchende, aber auch scheinbar Mächtige überzeugt mit Gefühl und Berechnung. Elisabeth Fues tanzt sich in Höchstform, und es wird auch klar, warum dieses Stück P 16 ist. Cleveres Detail: Die Schaufensterpuppen (Ausstattung: Gerhard Roch) zeigen die Evolution vom aufrechten Gang zum Katzbuckeln. Ein umfangreiches Begleitheft dient der aktiven Nachbereitung, nicht nur für Pädagogen.

• D. M.

Wenn sie laut ins Mikrophon sprachen, blieben Passanten auf der Grimmaischen Straße stehen und blickten Mövenpick-Gäste auf. Am wirkungsvollsten schaffte das Volly Tanner, als er mit gewohntem Sarkasmus „Eine Sonate für Christian Worch“ anstimmte.

Baulärm zum Trotz lasen am Tag der Befreiung Leipziger Autoren „in aller Öffentlichkeit“. Wie im Vorjahr hatte das Friedenszentrum Leipzig eingeladen. Erneut moderierte die Literaturwissenschaftlerin Dr. Hartinger – „eine Seele, die Seele von Leipzig“ (Peter Gosse). Die Straßenlesung ehrte zugleich zwei Dichter, derer 2006 besonders gedacht wird – Heinrich Heine und Bertolt Brecht.

*

„Der 8. Mai? Ja, da war doch was?“, so Christel Hartinger provokativ. „Der 8. Mai 1945 ist vom Vergessen bedroht, es sei denn, eine volle Jahrzehntzahl oder ein halbes Jahrhundert können für mediale Events genutzt werden.“ Doch: „Wir brauchen das Gedenken daran als Maß dafür, was aus jenem Ende und

„8. Mai – ja, da war doch was?“

Straßenlesung am Naschmarkt: Leipziger Autoren in aller Öffentlichkeit

aus jener Hoffnung, aus jener Niederlage und aus jener Befreiung geworden ist – gemacht worden ist, wir gemacht haben, alle die damals Lebenden und die Nachgeborenen.“

Es gebe auch ganz nahe, dringliche Gründe für öffentliche Wortmeldungen in Leipzig: Schändungen der Gräber von Opfern des Faschismus und junger Sowjetsoldaten, wiederkehrende Nazi-Aufmärsche. „Sie konnten abermals nicht in die Südvorstadt, nach Connewitz gelangen, da Tausende junger, mutiger Antifaschisten ihren gewaltfreien Protest nicht nur durch Reden irgendwo, sondern durch SITZENBLEIBEN ausdrückten.“

Marlis Michel vom Friedenszentrum übernahm das Mikrophon: „Ich habe es noch in den Ohren, kann die Texte auswendig: ‚Wir werden weitermarschieren, wenn alles in Scherben fällt ...‘ ... Die Schachfiguren auf den Brettern, wie selbstbewusst fallen sie heute in die Städte und Gemeinden ein.

Von **GOTTFRIED BRAUN**

Marschieren sie nicht schon wieder, um einen Hoffnungsschimmer aus ihrem sozialen Aus zu erhaschen?“ Die Augenzeugin des 1. Mai schloss: „Gerührt bin ich über den Mut der Jungen, die sich dem Nazispektakel und der Gewalt entgegenstellen, möchte sie umarmen und stützen. Sie sehen nicht aus wie reichbetuchte Bürger, aber sie sehen so aus, als wollten sie nicht als Schachfiguren in Kriegen sterben.“

Was fügte sich besser an als die Beschwörung des Friedens in Nerudas „Canto generale“ und Brechts „Friedenslied“, eindringlich vorgetragen vom Schauspieler Burkhard Damrau?

*

Elf Leipziger Autorinnen und Autoren auf einen Schlag, zufällig auch noch am „Welttag der sozialen Kommunikation“: ein

solches Erlebnis sollte man künftig nicht verpassen. Selbst mancher Mitwirkende lernte so erst den oder die von der Zufut kennen. Ob eher verhalten am Mikrophon oder stimmkräftig, jeder prägte sich erneut auf seine Weise ein: Peter Gosse, Bettine Reichelt, Thomas Böhme (vorne: „Krieg oder Klassenfahrt“), Constanze John, Volly Tanner, Jörn Schinkel in der ersten Lesungsrunde. Dann Adel Karasholi (nach Heines „In der Fremde“ in eigener Sache: „Der alte Turban“), Helmut Richter („das bekannteste und das unbekannteste Gedicht von Heine“, danach „Antigone“ für Christel Hartinger), Hannelore Crostewitz, Bernd Weinkauf (kongenial: „Halle. Ein Heinemärchen“), Thomas Bachmann und, mit Flutbeobachtungen eben noch rechtzeitig aus Niedersachsen ange-reist, Ralph Grüneberger. Vor Aufregung dachte die Moderatorin nicht mehr ans eigene Gedicht, das nun nachgereicht wird:



Adel Karasholi Foto: Märker

Großer Zapfenstreich für scheidende Kanzler und Präsidenten – Mein Vater hatte einen jüngeren Bruder.

Ich kannte ihn nicht. Meine Großmutter holte ihn vierundvierzig Zum Fronturlaub am Heimatbahn-

Vom bombardierten Militärzug Ab, um ihn auf den Friedhof zu bringen.

Großer Zapfenstreich. Schiet drauf! IM WESTEN NICHTS NEUES Hatte mir Erich Remarque Ein für allemal Zu verstehen gegeben.

Authentisches über den Hans Mayer der Leipziger Jahre

Dem Verleger Mark Lehmstedt war schon mehrfach für wichtige Quellenpublikationen zur Leipziger Universitäts- und Kulturgeschichte zu danken (siehe LN 2'04 u. 7'05). Doch anders als bei den Erinnerungen Georg Witkowskis oder den Briefen und Tagebüchern Max Schwimmers kann er bei dem soeben erschienenen Band mit Briefen Hans Mayers aus den Jahren 1948 bis 1963 neben dem verlegerischen Verdienst auch noch das des Herausgebers für sich beanspruchen. Eine ohne öffentliche oder private „Drittmittel“ erbrachte Doppel-Leistung, der höchster Respekt gebührt! Das nun als Buch von 630 Seiten vorgelegte Ergebnis einer ebenso aufwendigen wie schwierigen Forschungs- und Editionsarbeit ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen. Es stellt eine neue und sichere Materialgrundlage bereit nicht nur für die Beschäftigung mit dem Wirken von Professor Mayer an der Leipziger Universität, sondern auch für die Sicht auf verschiedenste Aspekte des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens in den ersten Jahrzehnten der DDR und die dabei mitspielenden deutsch-deutschen Komponenten. Vor allem anderen aber erwächst

aus den Briefen seiner fünfzehn Leipziger Jahre ein Bild von der Vielfalt der wissenschaftlichen, kulturpolitischen und publizistischen Aktivitäten Hans Mayers, wie es in dieser Opulenz und widerspruchsvollen Differenziertheit bisher noch nicht bekannt gewesen ist. Ebenso deutlich zeichnet sich Mayers strategische Konzeption ab, die hinter all diesen Aktivitäten stand. In einem Brief an Thomas Mann vom 20. Oktober 1948 spricht er von seiner Begegnung „mit einem ganz neuen Typ junger Menschen ...: mit Söhnen von Arbeitern und Bauern, die sich aus eigener geistigen Anstrengung die Voraussetzung für ein Studium ganz neuer Art erarbeitet“ hätten und die er anspornen wolle, in ihrer künftigen Tätigkeit im Sinne „eines realen, eines sozialistischen Humanismus“ das „Erbe einer großen kulturellen Vergangenheit mit den Erfahrungen der heutigen deutschen Gegenwart organisch und ohne Bruch zu verbinden“. Wobei er, wie es in einem Brief an Stephan Hermlin

vom 24. Oktober 1949 heißt, sich dessen bewusst war, dass der „verantwortliche marxistische Literaturhistoriker auch künftige Maßstäbe in seine Wertungen hineinnehmen“ müsse: „Sicherlich nämlich werden künftige Zeiten, die den furchtbaren Spannungen unserer Gegenwart entkamen, gerechter über manche Leistungen urteilen, als wir das heute können oder sogar dürfen. Es ist mir nicht zweifelhaft, dass man künftig die Auseinandersetzung mit Rilke oder Hofmannsthal oder sogar mit Nietzsche weniger klischeehaft halten kann, als das heute nötig und geboten ist.“ Aussagen wie diese lesen sich im Rückblick wie ein Programm, das Mayer mit seinen eigenen späteren Leipziger Studien und den von ihm angeregten seiner Schüler konsequent abgearbeitet hat. Das ihn aber eben auch immer wieder in die Rolle des Ketzers versetzen und zum Ziel dogmatischer Angriffe machen musste. In gleicher Weise wirkte sein ständiges Bemühen um „geistige Wiederver-

einigung“ im vom Kalten Krieg zerrissenen Deutschland. Es wurde von beiden Seiten mit Misstrauen verfolgt, wie etwa an den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Vortragsreisen des westdeutschen Germanisten Fritz Martini nach Leipzig exemplarisch sichtbar wird. In diesem wie in vielen anderen Fällen erweisen sich die knappen, aber präzise platzierten Anmerkungen des Herausgebers als äußerst hilfreich. Sie demonstrieren zudem ein bei allem Respekt doch auch kritisches Verhältnis zu seinem Gegenstand.

Die Briefe vermitteln auf diese Weise ein äußerst lebendiges, eben nicht durch literarische Darstellung stilisiertes, sondern unmittelbar authentisches Bild des Hans Mayer der Leipziger Jahre. Es setzt sich aus vielen Facetten zusammen, je nach der Art der Beziehungen zu dem jeweiligen Adressaten der abgedruckten Briefe. Ein besonders glücklicher Fund sind in dieser Beziehung die an den persönlichen Freund Walter Wilhelm,

der in Frankfurt am Main junger Assistent von Mayer gewesen war. In ihnen spiegeln sich auch Aspekte des Alltagslebens jenseits von Literatur und Wissenschaft, die dem Leser eine sonst verschlossene Tür zu dem „privaten“ Hans Mayer zumindest einen Spaltbreit öffnen. So bietet der von Mark Lehmstedt herausgegebene und verlegte Briefband eine spannende und aufschlussreiche Lektüre. Zugleich verweist er jedoch nachdrücklich darauf, was in diesem Kontext noch zu erarbeiten ist. Äußerst interessante Details zur Stellung Mayers an der Universität Leipzig (und im Hochschulwesen der DDR generell) machen die Lücke deutlich, zu deren Schließung die Universität selbst bisher noch nicht beigetragen hat. Hoffentlich nutzt sie die ihr etwa durch akademische Qualifikationsarbeiten gebotenen Möglichkeiten wenigstens noch bis zum Jubiläum 2009, um das Wirken ihres Ehrendoktors von 1992 umfassender wissenschaftlich zu erschließen.

• **KLAUS PEZOLD**

Hans Mayer: Briefe 1948–1963. Hrsg. u. komm. von Mark Lehmstedt. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2006. 630 S., Festeinband, 29,90 Euro.

Ein Flaneur aus Berlin entdeckt Leipzig

Nichts ist älter als die Zeitung von gestern. Mag sein, mag sein. Doch wer eine Zeitung von vorgestern und noch ein bisschen weiter davor in die Hand bekommt, dem gehen zuweilen die Augen über, wie interessant, ja wie aktuell sie oftmals sein kann. So ging es – mal wieder, muss in seinem Falle gesagt werden – meinem Kollegen Wolfgang Schütte, als ihm in einer längst vergessenen Leipziger Gazette eine Artikelserie unter die Augen kam, die zu lesen noch heute nützlich und erbaulich zugleich ist. Eigentlich war er auf der Suche, ob seine Lieblingsdichterin, die Lene Voigt, auch in der *Leipziger Allgemeinen Zeitung* literarische Spuren hinterlassen hatte. Nun, von ihr fand er hier nichts, dafür aber das Feuilleton *Leipzig – wie ich es sah*. Ich – das war der Berliner Schriftsteller Erdmann Graeser, den der Ullstein-Verlag nach Leipzig entsandt hatte, um dem gerade aufgekauften, langweiligem Blatt etwas frisches Blut zuzuführen. (Geholfen hat es nicht. Im September 1921 schlug für die *Allgemeine* die letzte Stunde, als Ullstein sie mit der *Abendzeitung* zur *Neuen Leipziger Zeitung* zusammenlegte.) Erdmann Graeser hielt das, was er in jenem Frühsommer 1921 bei seinen Spaziergängen in Leipzig sah und hörte, in jenen zwölf Feuilletons fest, die uns nun in einem – wie kann es anders sein, wenn Peter Hinke daraus ein Buch macht – schönen Bändchen, versehen mit zeitgemäßen Fotografien von Paul Wolff und einem Vorwort von Joachim Nowotny, vorliegen. Nein, die sozialen und politischen Zustände Leipzigs jener Nach-



kriegsjahre sind nicht Graesers Thema, wenn er auch das Leipzig des Alltags nicht übersieht. Doch was und wie er jene Orte beschreibt, die uns heutigen wohl bekannt sind – den Thüringer Hof, die Rennbahn, den Brühl, den Zoo –, aber auch jene Orte, die die Zeit verschlungen hat – den „Park Meusdorf mit dem schönsten Kinderspielplatz Deutschlands“ oder den Krystall-Palast und den Palmengarten und natürlich das legendäre Café Felsche –, das sollte sich kein Leipziger entgehen lassen.

Die Edition von Graesers Sichten auf Leipzig war für Peter Hinke zugleich der Auftakt für ein weiteres verlegerisches Unternehmen, für die Kleine Leipziger Bibliothek. Man darf gespannt sein, was da an Novitäten auf uns noch zukommt. Einen Vorschlag hätte ich: die Leipzig-Reportagen des „rasenden Reporters“ Egon-Erwin Kisch. Sie wären die klassische Ergänzung zu Graesers „Aufzeichnungen eines Flaneurs“.

• **FIETE GAARDEN**

Erdmann Graeser: Leipzig – wie ich es sah. Aufzeichnungen eines Flaneurs. Entdeckt von Wolfgang U. Schütte. Mit einem Vorwort von Joachim Nowotny. Connewitzer Verlagsbuchhandlung Peter Hinke, Leipzig 2005. 110 S., 12 Euro.

Für Männer geeignet ...

Wollte mir doch kürzlich jemand weismachen, das neue Buch der Steineckert sei nur etwas für Frauen. Auf diese sehr zweifelhafte Art und Weise vorgeprägt, las ich nun diese 24 Geschichten ... als Mann. Und belehrte mich eines Besseren schon beim ersten Text: „Es gibt eine Mitte im Leben, wo noch alles möglich ist ...“ – da spricht sie mir aus der Seele.

Wie überschrieb jetzt Sängerin Veronika Fischer ihre Gratulation an die „verehrte Wortmeisterin“ anlässlich des Geburtstages: „Leben üben, seit 75 Jahren“. Man(n) merkt auf den 192 Seiten viel von den einfachen, zweifachen und mitunter dreifachen Übungen eines (ihres) Lebens. Und ist sofort bei den eigenen Jahrzehnten: Alles gesehen, alles erlebt, alles schon mal dagewesen? Woher kommen die Lust, die Angst, die Klarheit ..., Irrtümer, Glücksmomente und Erfahrungen zu bewerten? Gisela Steineckerts Gedanken, eingebunden in „Alt genug, um jung zu bleiben“, helfen bei der Kunst und Kultur des Älterwerdens.

Schonungslos und trotzdem liebevoll beschreibt sie ihre Mutter als *Himping Elisabeet*. Diese 22 Seiten enthalten Sätze wie: *Du warst eine starke Frau, die sich für nichts auf der Welt mehr interessierte als für sich selber. Die meisten deiner Wünsche blieben unerfüllt, denn du hattest nur solche, die für Geld zu haben waren und Geld hattest du fast immer zu wenig.*

Da gibt es an anderer Stelle zwölf Seiten mit einer alten, bösen Geschichte über Leni (Riefenstahl). ... *Sie war intelligent. Umso dümmert, dass sie nahezu verzweifelt beteuert, sie sei nie politisch gewesen ...*

Es kommen tatsächlich viele Weiber, Frauen, Lesben, Damen und Trinkerrinnen vor. Gerade deshalb dürften das Buch auch Männer mit nachdenklichem Vergnügen lesen. Aber bitte nur diejenigen, die alt genug sind, um jung zu bleiben.

• **MICHAEL ZOCK**

Gisela Steineckert: Alt genug, um jung zu bleiben. Verlag DAS NEUE BERLIN, Berlin 2006. 192 S., 12,90 Euro

Deutsche UNO-Mitgliedschaft

Die Schriften zur internationalen Politik des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. (VIP) wurden jetzt durch das Heft 8 erweitert. Bernhard Neugebauer befasst sich mit der „Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in der UNO“. Im Vorwort erinnert Siegfried Bock, Ehrenpräsident des VIP, an den USA-Vertreter Scali, der zur Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO 1973 erklärte, dass sich das Weltforum mit deren Aufnahme seinem Ziel der Universalität nähert.

Der Autor, in der DDR-Diplomatie auch „Mister UNO“ genannt (zuletzt stellver-

tretender Außenminister der DDR), legt Auszüge aus seinen Publikationen und Vorträgen vor, die zur sachgerechten und objektiven Aufarbeitung der Außenpolitik der DDR beitragen. Er behandelt die Gemeinsamkeiten und Differenzen in der UN-Politik der beiden deutschen Staaten, die multilaterale Hilfe der DDR und die Bedeutung deutscher UNO-Mitgliedschaft für die neuen Bundesländer. Das Heft 8 (68 S.) ist zu beziehen beim Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Wilhelmstraße 50, 10117 Berlin. Unkostenbeitrag 3 Euro + Porto.

E-Mail: VorstandVIP@aol.com

• **FRANZ-KARL HITZE**

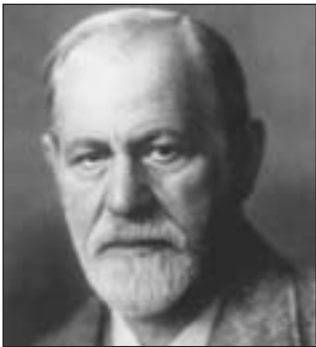
KALENDERBLATT

Vor 150 Jahren geboren

Sigmund Freud

Sigmund Freud wurde am 6. Mai 1856 in Freiberg/Mähren (heute Příbor) geboren. „Meine Eltern waren Juden, auch ich bin Jude geblieben“, beginnt Freud seine 1924 geschriebene „Selbstdarstellung“. Seine so charakterisierte Herkunft war die vieler hervorragender Denker des alten Österreich.

Die Bedeutung Freuds liegt vor allem in der bahnbrechenden Fortentwicklung der Psychologie durch die zentrale Rolle, die er seelischen Vorgängen zuschrieb, sowie in der Einbeziehung des Unbewussten in die Forschung, die er in einer Reihe glänzender Arbeiten vertrat. Von hypnotischen Mitteln immer mehr abgehend, bediente er



sich bei der Behandlung seiner Patienten der Technik der „freien Assoziation“ (der Patient äußert spontan, was ihm zu einem gegebenen Thema, z. B. einem Erlebnis, einfällt) sowie der Analyse von Fehlhandlungen („Zur Psychopathologie des Alltagslebens“) und Träumen („Die Traumdeutung“), durch die unbewusste Wünsche, Gedanken und Konflikte in verschlüsselter Form zutage treten können.

Freuds Theorien, zu denen vor allem auch kulturtheoretische Schriften („Das Unbehagen in der Kultur“) zu zählen sind, hatten weltweit Einfluss auf die Entwicklung der Philosophie, Kunst und Literatur. Mit kleinbürgerlichen Moralvorstellungen unvereinbar und deshalb stets umstritten, wurde Freud zu einem Anziehungspunkt für die künstlerische und wissenschaftliche Intelligenz seiner Zeit (1933 zusammen mit Einstein: „Warum Krieg?“).

Zum 80. Geburtstag überbrachte ihm Thomas Mann ein Glückwunschschreiben, das 191 Künstler von Weltrang unterzeichnet hatten.

Nach der Besetzung Wiens durch die Faschisten im März 1938 wurde Freuds Wohnung als eine der ersten durchsucht, die Tochter Anna – anstelle des Vaters – verhaftet, der psychoanalytische Verlag zerstört. Am 4. Juni verließ Freud Wien, ohne erfahren zu müssen, dass vier seiner Schwestern in faschistischen Konzentrationslagern umkommen würden. Er verstarb am 23. September 1939 in London. • **CHRISTA HERBER**

Nur mit Mühe hatten die führenden Repräsentanten Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 zu den Problemen Reparationen und Wirtschaftseinheit einen Kompromiss gefunden. Der hatte folgendermaßen ausgesehen:

1. Reparationsforderungen der UdSSR sind auf dem Weg der Entnahme aus der sowjetischen Besatzungszone und auf Kosten der Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich zu befriedigen.

Die Sowjetunion ihrerseits befriedigt aus diesem Teil die polnischen Reparationsansprüche.

2. Die Reparationsansprüche Großbritanniens, der USA und weiterer berechtigter Länder sind aus den westlichen Besatzungszone und aus entsprechenden deutschen Auslandsguthaben zu befriedigen.

3. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, soll sie zusätzlich aus den westlichen Besatzungszone erhalten: 15 Prozent der verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstungen, vor allem der metallurgischen und chemischen Industrie und des Maschinenbaus – im Austausch für einen entsprechenden Wert an Rohstoffen und Lebensmitteln aus der sowjetischen Zone – sowie 10 Prozent derjenigen industriellen Ausrüstungen, die für die deutsche Friedenswirtschaft als entbehrlich galten und aus den westlichen Zonen entnommen und auf Reparationskonto an die Sowjetunion übertragen werden – ohne Gegenleistung.

Was war dieser Vereinbarung vorausgegangen?

Auf der Anfang Februar 1945 durchgeführten Konferenz der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA in Jalta war beschlossen worden, Deutschland zu verpflichten, den von ihm angerichteten

Das Zerwürfnis um die deutschen Reparationen vor sechzig Jahren

Ein Vorbote des Kalten Krieges



WIE IM FEBRUAR 1945 IN JALTA BESCHLOSSEN, begann nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus in der sowjetischen Besatzungszone (hier ein Foto vor den Jenaer Zeisswerken) die Demontage von Betriebsanlagen, um wenigstens einen Teil des auf 120 Milliarden Dollar geschätzten materiellen Schadens in der Sowjetunion wieder gutzumachen.

Foto: LN-Archiv

Schaden wieder gutzumachen. Die Ansprüche der USA betragen 1,267 Milliarden, die Großbritanniens 6,383 Milliarden, die Frankreichs 21,143 Milliarden und die der UdSSR 128 Milliarden Dollar. Bekanntlich hatte die UdSSR mit Abstand die gewaltigsten personellen und materiellen Verluste erlitten. Die Delegationen der UdSSR und der USA vereinbarten in Jalta eine Gesamtsumme der Wiedergutmachung in Höhe von 20 Milliarden Dollar, wovon die UdSSR die Hälfte erhalten sollte. Drei Formen der Reparationen wurden festgelegt: einmalige Demontagen von Betrieben und Transportanlagen im Verlauf von zwei Jahren nach der Kapitulation, jährliche Lieferungen sowie Ausnutzung deut-

scher Arbeitskraft.

Wie kam es zum Zerwürfnis um die deutschen Reparationen?

Kaum war das Potsdamer Abkommen unterschrieben, ergaben sich wesentliche Differenzen zwischen den USA und der UdSSR. USA-Militärgouverneur Lucius D. Clay ließ am 25. Mai 1946 die gerade angelaufenen Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion anhalten, und zwar mit der Begründung, die Sowjetunion habe nicht die im Potsdamer Abkommen vereinbarten Lebensmittel und Rohstoffe im Austausch gegen 15 Prozent der in Westdeutschland vorhandenen Industrieanlagen geliefert. Bald darauf hörten jegliche Re-

parationsleistungen aus den Westzonen an die vom Zweiten Weltkrieg schwer betroffene Sowjetunion auf.

In der Folgezeit musste die DDR allein die Reparationslasten gegenüber der UdSSR schultern. So kam es dazu, dass die Belastungen der sowjetischen Besatzungszone/DDR bedeutend höher waren als in den Westzonen. Insgesamt wurden in den Westzonen rund 8 Prozent der Industrieanlagen demontiert, im Osten über 45 Prozent.

Der spätere Wirtschaftskrieg des Westens gegen den Osten war in seine erste Phase eingetreten. Er bildete bekanntlich einen immannten Bestandteil des Kalten Krieges.

• **WINFRIED STEFFEN**

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (39)

Die Nikolaistraße gab es bereits im Mittelalter. Ihre heutige Gestalt erhielt sie im 19. Jahrhundert bis hin zum 1. Weltkrieg. In dieser Zeit wurden die alten Handwerkers- und Wohnhäuser abergerissen und durch tief gestaffelte Geschäftshäuser ersetzt. Ihren Namen hat sie natürlich nach der alten Stadtkirche St. Nikolai. Jener Heilige Nikolaus, der uns besonders durch den Nikolaustag in guter Erinnerung ist, war Bischof von Myra in Lykien. Er tat sich der Legende nach während der Christenverfolgung als Bekenner hervor um soll sich durch eine Vielzahl lebenswürdiger Wunder ausgezeichnet haben. Er starb am 6. 12. 345. Er gilt als Patron der Kaufleute, der Bäcker und der

Kinder. Die Kirche, die der Straße und auch dem Platz ihren Namen gab, soll bereits 1165 gegründet worden sein, doch liegt die erste urkundliche Erwähnung erst

Nikolaikirchhof / Nikolaistraße

1213 vor. Sie war ursprünglich eine Pfeilerbasilika, wurde jedoch im Laufe der Jahrhunderte immer wieder umgebaut und erweitert. So stammt der achtseitige Mittelsturm von Hyronimus Lotter und die Gestaltung des Innenraumes nach französischen Vorbild von Carl Dauthe aus den Jahren 1784 bis 1795. Von dieser Kirche aus setzte Pfarrer Johannes Pfeffinger die Refor-

mation in Leipzig durch. Hier war auch von 1723 bis 1750 die Wirkungsstätte von Johann Sebastian Bach. Bekanntlich waren die Friedensgebete in der Nikolaikirche

1989 der Ausgangspunkt für die „Wende“.

Der Platz neben der Nikolaikirche ist der Nikolaikirchhof. Ein Kirchhof aber ist der zur Kirche gehörende Friedhof. Als solcher wird der Platz schon ewig nicht mehr genutzt. Bedeutend am Nikolaikirchhof sind die Nikolaischule und das Predigerhaus, Die Schule wurde 1512 als stadteigene Schule gegründet.

Sie hat auf das Leipziger Schulwesen einen großen Einfluss gehabt. 1872 erhielt die Schule, an der so berühmte Persönlichkeiten wie Leibniz, Thomasius, Seume, Roßmäßler, Richard Wagner, Karl Liebknecht und Friedrich Gerstäcker lernten, außerhalb der Altstadt ein neues Gebäude. In das Gebäude am Nikolaikirchhof zogen zeitweilig die Baugewerbeschule, die Ortskrankenkasse, der Samariterverein, die 1. Polizeiwache und die Garnisonswache ein. In der DDR waren hier Bildungseinrichtungen untergebracht, doch das Haus, ab 1976 baupolizeilich gesperrt, verfiel immer mehr. Heute ist es rekonstruiert und beherbergt u. a. museale Sammlungen. • **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Eigentlich wurde inzwischen genug geschrieben über die Fußball-Weltmeisterschaft, die noch gar nicht angepöfiffen worden ist, dennoch sind die folgenden Zeilen – aus meiner unmaßgeblichen Sicht – unverzichtbar.

Stellen wir uns einen Augenblick lang vor, die DDR hätte dieses WM-Spektakel im Jahre X arrangiert. Allen, die da stöhnen, dass ihnen die endlosen Erinnerungen an die DDR langsam auf den Keks gehen, mögen beruhigt sein: Lobpreisungen sind nicht zu erwarten und neue „Enthüllungen“ – etwa über die geheime Speisekarte des Politbüros – auch nicht.

Einfach nur so: Stellen wir uns mal vor, die Fußballweltmeisterschaft hätte in der DDR stattgefunden. Das ist schon deshalb handfeste Spinne, weil natürlich genügend Instanzen in der BRD tätig geworden wären, um zu verhindern, dass eine solche Entscheidung getroffen werden konnte. Botschafter wären in die Spur geschickt und Sportfunktionäre in Marsch gesetzt worden. (Für diese Praxis gibt es unzählige Beispiele.) Aber nehmen wir mal an, trotz alledem hätte die DDR die WM bekommen. Wer hätte sich dann wohl um die ideologische Vorbereitung gekümmert? Dumme Frage: Das Politbüro! Wer hätte die Medien-Präparationen überwacht? Die Agitationskommission des Politbüros. Wer hätte dafür gesorgt, dass die Kinder in den Schulen erfahren hätten, welche Rolle die DDR bei der WM in ihren Köpfen zu spielen hat? Dumme Frage! Margot Honecker.

Ich bin unbesorgt: Bis hierhin hätte mir kaum jemand widersprechen können.

Folgen Sie mir nun bitte vertrauensvoll in die Gegenwart. In das Land, in dem die Freiheit grenzenlos ist und die Kinder denken dürfen, was sie wollen. (So

jedenfalls lauten die Sprüche, die mir täglich offeriert werden.) Und da das Land kein Politbüro mehr hat und auch keine Agitationskommission, muss demzufolge jemand anders dafür sorgen, dass die Kinder so denken, wie die Obrigkeit das gerne hätte. Auch im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft. Und deshalb gibt es heutzutage eine „Bundeszentrale für politische Bildung“. Die teilt im Internet allen Bürgern mit, dass es „ihre Aufgabe ist, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu stärken“. Und um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, folgt noch der Satz: „So steht es im Erlass des Bundesministeriums des Innern.“ Kommentar von mir: Basta!

„Wunder von Bern“ 1954, der Sieg bei der WM im eigenen Land 1974 oder der Gewinn der Weltmeisterschaft in Rom 1990 nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Beispiele nationaler Euphorie genannt werden.“

Die Bundeszentrale versteht natürlich ihr Handwerk und hat deshalb ein „Baustein“-System entwickelt. Der zweite der sieben „Bausteine“ fordert zum Beispiel: „Die Hymne gehört dazu ...“ und dem folgt in Klammern die Erläuterung: „Staatliche Symbole, Begriff der Nation ... und Nationalbewusstsein in Deutschland.“ Wer noch Fragen hat, wird an das „Projektteam der Universität Münster“ verwiesen. Hat noch jemand Fragen?

Ich zum Beispiel hätte noch eine: Wer erklärt mir den Unterschied zwischen Politbüro und der Bundeszentrale? Und noch eine: Wer liefert der Bundeszentrale beim Streben nach dem „Wir“-Gefühl ein paar Hinweise zum Thema „Vom ‚ich‘ zum ‚wir‘? Und schließlich noch die: Was

wird den Lehrern empfohlen, wenn die deutschen Kicker verlieren oder gar ausscheiden sollten?

Das ist im Fußball möglich ...

Und dann fiel mir auch noch ein, dass mich neulich jemand vom Westdeutschen Rundfunk angerufen und um ein Interview gebeten hatte. Das Thema: „Wie die DDR das WM-Spiel BRD-DDR 1974 politisch zu einer ‚Klassenschlacht‘ machte?“ Es wurde nichts aus dem Interview. Warum? Weil ich ihm mit wenigen Worten erklären konnte, wie klassenschlachtarm die Fußball-Situation damals war: a) niemand rechnete mit einem DDR-Sieg, b) die an jenem Tag wichtigste Entscheidung war schon Stunden vor dem Spiel gefallen, weil die Veranstalter – gegen alle Regeln – das Spiel Chile-Australien bereits am Nachmittag austragen ließen und das dabei zustandegekommene 1:1 die DDR unter die letzten acht geraten ließ, was c) die Mannschaft mit der Stimmung „Was kostet die Welt?“ nach Hamburg fahren und dort auch so spielen ließ. Ich war nicht der richtige Interviewgast, denn der Mann brauchte einen Zeugen für die „Klassenschlacht“. Ich verwies ihn an die Bundeszentrale für politische Bildung. Die müssten da Bescheid wissen ...

Sportkolumne

10. Mai 2006

Und wer nicht glauben möchte, dass dieses vom Bundesinnenministerium gesteuerte Unternehmen vorschreibt, was man hierzulande zu denken hat, irrt!

Zum Beispiel: Die BpB hat für alle Schulen des Landes einen Lehrplan herausgegeben, über dem steht: „Nationalbewusstsein und Fußball-WM 2006“, und in der Konzeption liest man: „Wie entsteht dieses ‚Wir‘-Gefühl anlässlich der Fußball-WM? ... Was denken die Deutschen über sich und ihre Nation? Und was hat Fußball damit zu tun? ... Zielgruppe: Durchführung ab Klasse 9 – Unterrichtsfächer: Politik/Sowi (in DDR-Zeiten Gewi. A.d.A.), Geschichte, Deutsch, Religion.“ (!)

Dem folgt eine „Anleitung“ für die Lehrer: „Das Nationalbewusstsein ist nach wie vor ein schwieriges Thema in der Gesellschaft und im Politikunterricht. ... Gerade der Sport und insbesondere der Fußball hat es ... immer wieder geschafft, ein Nationalgefühl bei Fans und Zuschauern zu wecken bzw. zu stärken. Beim Gewinn der Vize-Weltmeisterschaft der Deutschen löste dies beispielsweise eine nationale Begeisterung aus, die auch auf den Straßen deutlich wurde. In der neueren Geschichte Deutschlands können das

Die Friedensfahrt 2006 rollt ...

... und Horst Schäfer vom Kleinmühlener Verein „Radfreizeit, Radsportgeschichte und Friedensfahrt e. V.“ ist mittendrin. Zum Start des 58. Course de la Paix konnte es sich der Fan des „Course de la Paix“ nicht nehmen lassen, dem Startort Linz/Österreich wenige Stunden vorm Start zur ersten Etappe einen Kurzbesuch abzustatten.



Horst Schäfer aus Sachsen-Anhalt am Ortseingang von Linz

Am Zielort in Schrems baute er seinen Stand auf. Im Angebot das aktuelle Programmheft der 58. Friedensfahrt, Radsportbücher und einige Raritäten der Geschichte der Friedensfahrt, wie Programmhefte früherer Fahrten.

Zu den vielen Interessierten, die am Stand vorbeischaute und unter anderem auch Spenden für den

Aufbau des Friedensfahrtmuseums in Kleinmühlener leisteten, gehörte der Vizepräsident des Niederösterreichischen Radsportverbandes, Peter Nausch. Er sagte: „Der Name Friedensfahrt gehört ins geeinte Europa zum Radsport und muss mit der Fortführung des Rennens erhalten bleiben.“

Der ehemalige österreichische Friedensfahrteilnehmer Kurt Schneider war ebenfalls begeistert von der Idee, die Friedensfahrt weiterzuführen.

Er schrieb in das Gesprächsbuch „Pro Friedensfahrt“: „Alles Gute für die Friedensfahrt auch in Zukunft.“ Für die Historiker unter den Lesern folgende Information zu Kurt Schneider. Er startete zweimal als Radsportler bei der Friedensfahrt 1956 und 1958. 1958 erreichte er mit der Startnummer 11 als 67. der Gesamtwertung das Ziel in Prag. Danach war er noch mehrere Male im österreichischen Materialwagen dabei.

Über seine Erlebnisse bei der diesjährigen Friedensfahrt wird Horst Schäfer sicher auch am 27. Mai anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Friedensfahrtsieges des Polen Stanislaw Krolak im Kleinmühlener Friedensfahrtmuseum berichten.

• TEXT/FOTOS: RALF FIEBELKORN



Oben: Kurt Schneider beim Eintragen ins Gesprächsbuch.

Unten: Im Vordergrund der Sieger der 1. Etappe, Baden Cook (Australien) vom Team Unibet.com, beim Zielspurt in Schrems.

Größe und Tragik eines Arbeiterführers“, überschrieb *Neues Deutschland* einen Artikel zum 120. Geburtstag von Ernst Thälmann. Der Autor, Professor Klaus Kinner aus Leipzig, kritisiert die „Thälmann-Legende, die in der DDR dominant war und noch heute in kleinen Zirkeln lebendig ist“. Mag sein, dass wir in der DDR bei der Würdigung Thälmanns des Guten zu viel taten. Manche empfanden manches auch als überflüssiges Ritual. Als ehemaliger Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ weiß ich, wovon ich rede. Vielleicht gehöre ich auch gerade deshalb zu jenen, die neue Forschungsergebnisse über Ernst Thälmann besonders aufmerksam verfolgen. Betroffen macht mich, dass im besagten Jubiläumsartikel nicht einmal erwähnt wird, dass Thälmann nach über 11 Jahren Haft von den Nazis feige ermordet wurde. Er starb für ein antifaschistisches Deutschland. Dass ihm das Wertvollste, sein Leben, genommen wurde, darin liegt die eigentlich Tragik, nicht – wie Kinner mit Berufung auf Hermann Weber, einen Historiker aus der alten Bundesrepublik, meint –, „dass er von der Komintern in eine Funktion gehoben wurde, der er geistig und politisch nicht gewachsen war“.

Kinner glaubt, seine kritische Sicht auf Thälmann würde „von Gedächtnislügen“ reinigen. Ich bin mir da so sicher nicht. Ich finde es bedenklich, dass beispielsweise der überhöhte Hinweis auf die parteinterne Wittorf-Affäre, die ja in der

„Ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand“

DDR nicht verschwiegen wurde, rechtefertigt, einfach die bedeutende Tatsache zu „vergessen“, dass Thälmann frühzeitig vor dem Faschismus warnte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Zeitdokumente belegen, dass er zudem auch international ein Symbol des Kampfes gegen den Faschismus war. Ich kann und will aus meinem Gedächtnis nicht streichen, dass Thälmann als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten 1932 im ersten Wahlgang immerhin knapp fünf Millionen Stimmen erhielt. Das war mit Sicherheit nicht die Folge innerparteilicher Auseinandersetzungen, die es zweifellos und viel zu viele gab. Es hatte viel mit der charismatischen Persönlichkeit Thälmanns zu tun, mit seiner engen Verbindung zu den werktätigen Menschen, mit seiner Art, Kompliziertes einfach zu sagen. Der aus bürgerlichem Haus stammende Schriftsteller Heinrich Mann sagte über ihn: „Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand.“ Eine gute Legierung für einen Arbeiter-

funktionär! Ich habe starke Zweifel, dass es historisch korrekt ist, Thälmann vereinfacht einen „Gewährsmann Stalins in der KPD“ zu nennen. Dass ein deutscher Kommunistenführer mit Vertrauen auf die Sowjetunion schaute und dort das erstrebenswerte Ideal seines Kampfes sah, kann ihm wohl kaum einer zum Vorwurf machen, zumal er die tragische Entwicklung der 30er Jahre in der UdSSR nicht voraussehen konnte. Es kann ja auch sein, dass Thälmann Stalin regelmäßig über die Vorgänge in der KPD informierte. Was soll daran angesichts der damaligen Auffassung von Internationalismus unnormal gewesen sein? Doch zu glauben, dass Thälmann deshalb seine Position an der Spitze der KPD sicherte, ist wohl eher eine eigenwillige und tendenziöse Auslegung der „nunmehr zugänglichen Quellen“.

Wo Kritik an Thälmann notwendig ist, bin ich lernfähig. Sie wird aber undialektisch, wenn sie nicht im historischen Kontext steht, in Bewertung der nationalen und internationalen Situation, in Kenntnis der harten politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit. Nach dem

Lesen des Artikels von Professor Kinner bleibt mir ein bittererer Beigeschmack. Ich fürchte, dass unter der Devise des „Kampfes gegen den Stalinismus“ versucht wird, Thälmanns historische Rolle zu verkleinern. Unter dem Strich bleibt so etwas wie Kinner's Fazit: Der aus kleinbürgerlich-halbproletarischen Milieu stammende Thälmann sei intellektuell unfähig und politisch überfordert gewesen, er habe die Besten der Partei permanent aus der Führung aussortiert und konnte sich als Vorsitzender der KPD nur mit Stalins Gnaden halten.

Auch wenn anerkannt wird, dass Thälmann dennoch ein „aufrechter Kommunist war“, wird die „Neudeutung“ Thälmanns seiner tatsächlichen historischen Rolle nicht gerecht. Thälmann war – wie alle Menschen – nicht unfehlbar. Das wurde in seiner Biografie, die zu DDR-Zeiten in hoher Auflage erschien, nicht verschwiegen. Heute werden die Dinge leider umgedreht: Seine Irrtümer werden zum Wesentlichen und seine Verdienste zur Nebensache erhoben. Das schafft neue Gedächtnislügen. Es gibt aus dem Leben Thälmanns für die Gegenwart viel zu lernen. Dass dazu sein 120. Geburtstag von manchen Linken ungenutzt blieb, tut mir weh. Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Ich trage lieber das Etikett, zu einem vermeintlich „kleinen Zirkel“ zu gehören, als meine Grundhaltung zu Ernst Thälmann konjunkturell dem Zeitgeist zu opfern.

EGON KRENZ, DIERHAGEN

Anfang April dieses Jahres begann vor dem Institut des Nationalen Gedächtnisses (Institut Pamięci Narodowej – INP) ein Strafverfahren gegen General Woyciech Jaruzelski. Die Staatsanwälte des INP beschuldigen ihn, er habe als Chef einer Verbrecherbande den Staatsrat zu Kompetenzüberschreitungen aufgehetzt, was gegen Art. 258 des polnischen Strafrechtzbuches verstoße.

General Jaruzelski war von 1968 bis 1985 Verteidigungsminister Polens und seit 1981 Ministerpräsident, 1. Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei PVAP und Vorsitzender des Militärischen Rates der Nationalen Rettung (WRON), danach

General Jaruzelski als Zielscheibe der neuen Macht

seit 1985 Vorsitzender des Staatsrates und zwischen Juli 1989 und Dezember 1990 bis zu seiner Pensionierung Staatspräsident.

Aus dem öffentlichen Leben hat er sich dennoch nicht zurückgezogen und auf alle Angriffe gegen ihn Stellung genommen. Vor dem Parlamentsausschuss sowie vor Gericht verantwortete er sich für die Einführung des Kriegszustandes sowie für seine militärische Verantwort-

ung während der Gdanker Ereignisse im Dezember 1970, als Armeeeinheiten zur Befriedung des Aufstandes eingesetzt wurden. Der General saß mehrmals auf der Anklagebank, wurde jedoch stets freigesprochen bzw. die Verfahren blieben ohne Urteil.

Der neuerliche Versuch, den General vor Gericht zu stellen, stützt sich auf den Artikel im Strafrechtzbuch, der früher gegen Terroristen, Mafiabanden und

andere gefährliche Kriminelle angewandt wurde. Er ist zugleich das Resultat des neuen Kräfteverhältnisses in Polen nach der Machtwende im vorigen Herbst. National-kirchliche Parteien wollen vom Runden-Tisch-Abkommen abgehen – und sie brauchen einen Medienerfolg. General Jaruzelski ist die beste Zielscheibe für sie. Als nächstes sind bereits Mitglieder des Militärischen Rates der Nationalen Rettung, der frühere 1. Sekretär des PVAP Stanislaw Kania und andere im Visier. Die neue Macht hat kein Brot mehr zu verteilen. Nun setzt sie auf Spiele.

ZBIGNIEW WIKTOR
WROCLAW

Wanderungen durch Neufünfland

IM GRUNDE BEHERZIGT der Wanderer die Losung: Kein Wort gegen die PDS. Aber ich kann nicht vergessen, dass sich vor einiger Zeit ein PDS-Bundestagsfraktionschef bei Dabbelju Bush für ein Antikriegstransparent entschuldigte, das einige friedenswillige PDS-Abgeordnete bei dessen Besuch im Bundestag ausgerollt hatten. Als ich dieser Tage durch Greifswald kam, zerrte ich meinen Notizblock aus der Tasche und notierte begeistert, was mir ein Genosse in der Stadt vorgelesen hatte: „Der Kreisvorstand Anklam-Greifswald-Wolgast bezweifelt, dass der für den 14. Juli geplante Besuch von US-Präsident George Bush gut fürs Image der Hansestadt ist. In einer von der Greifswalder Kreisvorsitzenden Mignon Schwenke unterzeichneten Presseerklärung heißt es: „Denn mit dem Image des US-Präsidenten ist es in der Welt zur Zeit nicht weit her. Nicht zuletzt deshalb wird Stralsund einer Festung gleichen. Wer das nicht glaubt, möge sich in Mainz, der letzten Station Bushs in Deutschland, erkundigen. Selbst Gullydeckel wurden aus Angst vor Angriffen verschweißt, ganze Stadtviertel men-

Alltäglicher Terror

schleer gemacht. Und das wünscht sich Stralsund? Mitten in der Touristensaison? Das glauben wir nicht.“

Unter uns gesagt: Ich auch nicht. Obendrein vermute ich, dass sein Besuch ebenso unpassend wäre, wenn sie die Gullydeckel mal nicht verschweißen würden.

IN RIBNITZ-DAMGARTEN wurden wir mit einem ganz anderen Problem konfrontiert. Die örtliche Zeitung hatte einen sympathischen älteren Herrn abgebildet und rühmte ihn als erfolgreichsten Schiedsmann der Gegend, als einen Mann also, der Streithähne an seinen Tisch lädt und ihren Streit aus der Welt schafft. Durch nichts als ein kluges Gespräch. Selbst der Direktor des zuständigen Amtsgerichts machte kein Hehl aus seiner Bewunderung, denn der Schiedsmann dürfte dem Richter manches Verfahren erspart haben – und obendrein haben die Streithähne auch noch Geld gespart. Denn die Schiedsverhandlung kostet nur elf Euro. Was mich aber fassungslos stimmte: Der Schiedsmann ist seit 28 Jahren tätig. Klartext: 12 Jahre DDR, 16 Jahre BRD. Niemand, den ich fragte, konnte mir erklären, wie es möglich

gewesen sein soll, dass er schon in dem „Unrechtsstaat“ tätig war, in dem doch die Partei alles entschied, selbst die Streitfälle und den Rest die „Stasi“ zu regeln pflegte ...

NATÜRLICH BENUTZEN WANDE- RER auch mal die Eisenbahn und deshalb freute ich mich im Stillen, als ich hörte, dass ich von Himmelfahrt an länger schlafen kann, sollte ich mit dem „Rasenden Roland“ von Putbus an die Küste fahren wollen. Der Frühzug – bisher Abfahrt um 6.00 Uhr in Putbus und auch in Göhren – wurde gestrichen. Und das aus triftigem Grund: Das Land Mecklenburg-Vorpommern hatte für 2006 weniger „Fahrkilometer“ bestellt, weil der Bund wiederum weniger Geld für den Schienenpersonen-nahverkehr bewilligt hatte. Und weil der „Rasende Roland“ seit Juli 1895 nur von Putbus nach Göhren verkehrt, gilt er als „Nahverkehr“ und demzufolge muss da gespart werden. Aber das hat seine Haken. Wenn der 6-Uhr-Zug künftig ausfällt, sind entweder Entlassungen die Folge oder die Betroffenen müssen andere Arbeiten übernehmen. Die Folge war eine Regelung, die

es in den 111 Jahren davor noch nie gab: Die Lokführer müssen die Züge schrubben, bevor sie losfahren. Aufschwung überall!

„TAFELN“ SIND OFT DAS THEMA am Wegesrand, weil sich allerorten rührige Menschen um die kümmern, die nicht mehr genug Euro in der Tasche haben, um die nächste Mahlzeit für ihre Familie bezahlen zu können. Bislang lieferten Backwarenketten abends an solche Tafeln, was in den Läden nicht verkauft worden war. Die Tafel in Bad Sülze versorgt rund 850 Menschen und davon sind ein gutes Drittel Kinder. Aber die Supermarktketten kalkulieren jetzt knapper, stellen nur in die Regale, was sie mit ziemlicher Sicherheit auch verkaufen. Und obendrein hat die segensreiche EU in Brüssel eine neue Verfügung erlassen, die auch nicht gerade „tafelfreundlich“ ist: Der Weg vom Hersteller zum Verbraucher muss nachvollziehbar sein! Wie segensreich und klug. Wir fassten den Plan, demnächst mal nach Brüssel zu wandern, die Erfinder dieser Verfügung aus ihren Zimmern und dann nach Bad Sülze zu treiben. Dort sollten sie mal eine Woche „Nachvollziehbarkeit“ demonstrieren und mit den dadurch betroffenen Kindern ein wenig hungern. Nur: Das könnte als „Terrorismus“ ausgelegt werden.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 23. Mai, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Psychoanalyse und Marxismus. Zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud.* Mit Prof. Dr. Siegfried Kätzel und Prof. Dr. Walter Friedrich, beide Leipzig.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 24. Mai, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Bolkestein-Richtlinie – der Kompromiss von Straßburg.* Mit Ulla Lötzer, MdB (DIE LINKE.PDS). In Zusammenarbeit mit WASG (Dresden) und AG Betrieb & Gewerkschaften (DIE LINKE.PDS)
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 30. Mai, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Wirtschaftswachstum im Zeichen von Globalisierung und sozialer Spaltung.* Mit Prof. Dr. Klaus Lange ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

30. Mai, 18–21 Uhr, und 31. Mai, 10–18 Uhr, Berlin
V. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung. Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus. Die Chance der Volksfront gegen Hitler (1933–1936). Mit Prof. Dr. Theodor Bergmann, Stuttgart, Dr. Ulla Langkau-Alex, Reiner Tosstorff, Hans-Rainer Sandvoß, Ursel Hochmut, Dr. Hans Coppi und Prof. Dr. Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gemeinsam mit Helle Panke und Rosa-Luxemburg-Stiftung. ***
 Helle Panke, Kopenhagener Str. 9

Mittwoch, 31. Mai, 10–16 Uhr, Leipzig
 Workshop: *Im Schatten von „Tapetenwechsel“ und „Sputnik“-Verbot. Zur politischen Situation an den Hochschulen der DDR am Ende der 80er Jahre.* Mit Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig, Prof. Dr. Clemens Burrichter, Berlin, Dr. Peer Pasterneck, Berlin. Moderation: Dr. Wolfgang Girmus, Berlin. In Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 31. Mai, 18.30 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung (unveröffentlichtes Manuskript): *Die der Teufel nicht holt – Eine Kindheit in Deutschland.* Mit dem Autor Rudi Benzin, Berlin
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 31. Mai, 19 Uhr, Dresden
 Buchvorstellung und Gespräch: *Anton Ackermann – Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten.* Mit Herausgeber Frank Schumann, Edition Ost. „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 2. Juni, 18 Uhr, Leipzig
 Podiumsdiskussion: *Ein Gespenst geht um – das Gespenst der neuen Linken in Deutschland. Der Parteineubildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG* Mit Dr. Cornelia Ernst, Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der Linkspartei.PDS, Bodo Ramelow, MdB, Die Linke, und Ulrich Maurer, MdB, WASG, und Enrico Stange, Landessprecher der WASG Sachsen. Kulturpalast Schloss Albrechtsburg, Schloßstr. 2

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
Bis 28. 5.: Emil Adolf Roßmäßler – Wegbereiter des Naturkundemuseums

Bis 18. 6.: Wolpertinger, Elwe-dritsch und Rasselbock

Veranstaltungen:

21.5., 10.30 Uhr, Zetkin-Denkmal, K.-Tauchnitz-Str./E.-Grieg-Allee: Baumwidmung anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Naturkundemuseums, anschließend Frühling im Leipziger Auwald – Botanischer Spaziergang durch das Rosental

23. 5., 15–16 Uhr: Sonderveranstaltung für Kinder Vom Rasselbock und Wolpertinger

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

27. und 28. 5., 16 Uhr: Das Tierhäuschen. Kindertheaterprojekt (letztmalig) – ab 7 Jahre

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
 Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

27. 5., 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Der gestiefelte Kater.* Eintitt: 2,50 Euro

31. 5., 15 Uhr: Mister X (Herr Motz) und Co. – *Die Harald-Juhnke-show.* Eintritt: 2,50 Euro

1. 6., 19 Uhr: Bilderausstellung mit Vortrag: *Alltagsleben von Kindern in palästinensischen Flüchtlingslagern.*

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

OHNE GLANZ UND GLAMOUR

Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung

Das kriminelle Geschäft mit Zwangsprostitution steuert einem neuen Höhepunkt entgegen, denn zur Fußball-WM erwartet das Sexgewerbe Legionen amüsierwilliger Kunden aus dem In- und Ausland. Für sie sollen tausende Prostituierte aus Osteuropa nach Deutschland geschleust werden. Deutschland ist eines der Ziel- und Durchgangsländer für den internationalen Frauenhandel. Hunderttausende Frauen, meist aus Osteuropa, werden zur Prostitution gezwungen und sind Opfer moderner Sklaverei. Mit der deutschlandweit einzigen Ausstellung zu Prostitution und Frauenhandel informiert die Leipziger Städtegruppe von TERRE DES FEMMES über die Formen und das Ausmaß der Prostitution sowie über politische und gesellschaftliche Per-

spektiven der Beendigung. Die Ausstellung findet vom **16. bis 29. Mai** in den Räumen der Volkshochschule Leipzig, Löh-str. 3, statt. Der Eintritt ist frei. Öffnungszeiten: **Mo.–Fr. 7–22 Uhr, Sa. 9–14 Uhr**
 Veranstaltungstermine:
16. Mai, 18.30 Uhr: Eröffnung mit Weinempfang. VHS, 3. Etg.
18. Mai, 19 Uhr: Prostitution in Leipzig. Vortrag von Dr. Rebecca Pates, Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft mit anschließender Diskussion. VHS, Raum 303.
22. Mai, 19 Uhr: Ohne Glanz und Glamour – Fußball-WM und Frauenhandel. Podiumsdiskussion mit VertreterInnen vom LKA und Kobra. VHS, Aula. Für Anfragen und weitere Informationen: www.frauenrechte.de
leipzig@frauenrechte.de

Günter Lippold wird 70.

Alle 14 Tage eine neue LN – und unser Günter immer mittendrin –, da merkt man das Älterwerden kaum. Es ist ja auch kaum Zeit dazu.

Dir, lieber Günter, wünschen wir, dass dein Elan und deine unendliche Einsatzfreude für dieses Blättchen nie vergehen mögen. Ebenso wünschen, ja fordern wir von dir, dass du dich – ja nun sehr ernsthaft von deinem Herzen gewarnt – ein bisschen mehr schonst. Nicht nur deine Kollegen und die Leser brauchen dich, auch deine Frau, deine Kinder und Enkel haben ein Recht auf dich.
Lass dich herzlich umarmen von allen aus deiner LN-Redaktion.



Die Krötenwanderung hat begonnen. Auf dem LN-Konto ist noch viel Platz.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntägig und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Stolz, ja stolz sind alle meine Taten

Manchmal, wenn es Familie Maus scheint, es geht ihr zu gut, beäugen sie Frau Christiansen samt ihrer Herrenrunde. Letzten Sonntagabend lockte mich außerdem der angegraute Harald Schmidt. Wobei, die kabarettreife Bemerkungen steuerte dann doch der schöne, alte Mario Adorf bei. Ach, ein feiner Mann und sooo reich. Nach 40 Jahren, die er unter Italiens Sonne bräunte (was Griesgrämigkeit sowieso kaum aufkommen lassen dürfte) weiß er nämlich jetzt, dass die Deutschen viel zu viel vom Staat verlangen. Ach, dieses Millionärsgequatsche! Von Leuten, die zuviel Mäuse haben. Oder, was meinen Sie so als Mensch? Die Italiener leben glücklicher, weiß zumindest der ergraute alte Mario, weil sie sich selber helfen. Was zwar nicht ganz stimmt, weil zum Beispiel jeder in Italien Lebende kostenlos ärztlich versorgt wird, nur für größere Behandlungen und Krankenhausaufenthalte braucht es eine Zusatzversicherung. Von diesen Segnungen nutzen auch Touristen, wie ich nach einem Husch durch eine geschlossene Gastür erfahren durfte. Das nur nebenbei. Mario Adorf möchte jedenfalls nicht das dauernde neidische Nörgeln der Deutschen, die ruhig etwas stolzer sein könnten, Deutsche zu sein. Sakra, ich bin doch stolz. Und wie! Und auf was alles! Ich bin stolz darauf, bereits Igel Otto Nr. 6

über einen Winter gebracht zu haben. Ich bin noch heute stolz darauf, wie raffiniert ich einer Mit-Maus die Mathe-Abi-Prüfung löste, sonst hätte sie die Schule umsonst besucht. Ich bin, was sonst, stolz darauf, dass mein Sohnmäuschen nur eine und auch nur eine ganz neutrale Tätowierung hat. Ich bin wirklich stolz darauf, seit 40 Jahren noch immer mit dem selben Mäuserich verheiratet zu sein. Ich bin stolz darauf, mich mit jungen Leuten auf die Straße zu hocken, um Nazis zu stoppen. (Oder mal in eine richtige Mausefalle zu locken?) Ich bin stolz darauf, Haare zu schneiden und die Fliesen im Bau ziemlich gerade verlegt zu haben, vom Malern und Tapezieren gar nicht zu piepsen. Ich bin stolz darauf, langsamen Katzen und verirrt Hamstern auf Straßen immer die Vorfahrt zu gewähren. Und: Ich bin stolz darauf, jede Menge Freunde zu haben, deren Welt überhaupt nicht zusammenbricht, falls Deutschland nicht Fußballweltmeister wird. Da beißt selbst die Maus keinen Faden ab...

Ihre sehr stolze
MILIANE MAUS



Er ist begehrt, der Wissenstest, der garantiert nicht für Millionenspiele im Fernsehen taugt, aber dafür Millionen klüger macht ... wenn Sie die Antworten nachschlagen. Darum auf vielseitigen Leserwunsch das

Quiz zum Mindestlohn

In wie vielen der 25 EU-Mitgliedsstaaten gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn?

- acht
- zwölf
- achtzehn

Wie hoch ist der Brutto-Mindestlohn in Irland?

- 599 Euro im Monat (3,78 Euro pro Stunde)
- 891 Euro im Monat (5,72 Euro pro Stunde)
- 1.138 Euro im Monat (7,65 Euro pro Stunde)

In welchem Land gibt es hoch keinen gesetzlichen Mindestlohn?

- USA
- Großbritannien
- Deutschland

Wie hoch ist der unterste Tariflohn bei sächsischen Frisuren?

- 492 Euro
- 663 Euro (im Monat bei einer 37 Stundenwoche)
- 774 Euro

Was fordert die „Initiative Mindestlohn“?

- lange Debatten zum Thema Mindestlohn
- Mindestlohn für alle
- Kein Lohn unter 7,50 Euro die Stunde

Weitere Infos unter: www.mindestlohn.de

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Diskotheiken in Nürnberg, Erlangen und anderen Städten locken unter dem Begriff "binge drinking" Jugendliche immer mehr mit Billigangeboten – jedes Getränk für 50 Cent. Das ist praktisch Koma-Saufen fast kostenlos. (binge (engl.) = die Sauftour).
Bayerisches Fernsehen 20. 4.

Rechtsradikale und rassistische Übergriffe als Ost-Phänomen? So einfach ist die Welt nicht. Auch wenn es eine beängstigende Häufung fremdenfeindlicher Umtriebe in den neuen Ländern gibt. Die Nazi-Szene schwappte von Westdeutschland in den Osten.

Dieter Wonka, LVZ 22./23. 4.
(Für Herrn W. eine erstaunliche Erkenntnis)

Eine stattliche Erbschaft gestattet es (dem Neonazi) Worch, sich ganz seiner Politik zu widmen.

DLF 24. 4.

Die Betreuung in den BRD-Krippen läuft immer noch unter dem Motto satt, warm, trocken, glücklich. Das reicht eben nicht aus. Es gibt große Versäumnisse bei der frühkindlichen Erziehung.

DLF 24. 4.

In Schweden gehen 90 % der Kinder in Kindergärten. Sie werden von hochqualifizierten Erzieherinnen/Erziehern betreut.

ZDF 25. 4.

In Frankreich sind 80 % der Mütter mit mehreren Kindern berufstätig.

ZDF 26. 4.

Die italienische Mafia wurde stark geschwächt. Der eine Boss wurde verhaftet, der andere nicht wiedergewählt.

Da fährt einer mit dem Panzerglas mobil durch die Menge und verkündet Gottvertrauen.

beides WDR-Mitternachtsspitzen
29. 4.

Madagaskar war einmal zu 90 % bewaldet, jetzt sind es nur noch 10 %.

Phoenix 30. 4.

Im Irak haben Christen und Muslime Jahrhunderte friedlich miteinander gelebt. Kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner begannen die Entführungen von Christen. Das ist schon zum Alltag geworden.

DLF 2. 5.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

In Deutschland wird in vielen Bereichen ein akuter Mangel an qualifiziertem Nachwuchs beklagt. Darüber können die Schwätzer, Hohlköpfe, Lügner und Betrüger nur staunen.

Ein Traum vieler Deutscher ist es, in den eigenen vier Wänden ihres eigenen Gefängnisses zu leben.

• R. LOCHNER

Die Sache ist die ..., dass die Arbeitslosigkeit etwas Dauerndes geworden ist, und sie wächst von Jahr zu Jahr. Das wissen die Unternehmer, und deshalb scheiden sie die alten aus und nehmen nur noch junge Kräfte

• ANDERSEN NEXÖ



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Mai
Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Juni

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40